

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Bericht über die internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Berichtszeitraum: 24. Oktober 2017 bis 30. September 2019

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages.....	2
2 Reisen der Präsidiumsmitglieder	2
3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche	5
4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen	18
5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche.....	25
6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten	35
7 Internationale Austauschprogramme	41
8 Grundlage der Berichtspflicht.....	42
9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen	43
10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen	43
11 Statistische Übersicht	45

1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Die Europäisierung, Internationalisierung und Globalisierung nahezu aller Gestaltungsfelder von Politik haben zur Folge, dass die Arbeit des Deutschen Bundestages schon lange nicht mehr vor allem auf den nationalen Rahmen beschränkt ist. Die durch Digitalisierung und globale Vernetzung gerade in den vergangenen Jahrzehnten nochmals vorangetriebene weltweite Verflechtung der Wirtschaft und Finanzmärkte erfordert ebenso internationale politische Zusammenarbeit wie der Klimawandel, die grenzüberschreitende Kriminalität und die von internationalen Terrororganisationen ausgehenden Gefahren.

Entsprechend findet die parlamentarische Arbeit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht nur im Deutschen Bundestag statt, sondern ebenso in parlamentarischen Versammlungen und Gremien von internationalen und supranationalen Organisationen wie der Interparlamentarischen Union, der NATO, der OSZE, des Europarates und der Europäischen Union. Seit dem 25. März 2019 gibt es mit der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung zudem eine besondere Form der Zusammenarbeit zwischen der französischen Nationalversammlung und dem Deutschen Bundestag. Auch im Deutschen Bundestag zu treffende Entscheidungen haben vielfach internationale Bezüge, für die fundierte Kenntnisse der Situation in ausländischen Staaten erforderlich sind. Gleiches gilt für die Entwicklung von Kooperationsformen, mit denen der Deutsche Bundestag den Aufbau demokratischer Strukturen insbesondere in Staaten fördert, die politische Umbrüche erlebt haben oder noch erleben.

Um dem gerecht zu werden, pflegen die Mitglieder des Deutschen Bundestages vielfältige und intensive Formen der politischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen Institutionen. Dies geschieht im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche als Mitglieder von Ausschüssen, Kommissionen und anderer Gremien des Deutschen Bundestages, als Delegierte in internationalen parlamentarischen Organisationen oder als Vertreter von für bestimmte Staaten oder Regionen zuständigen Parlamentariergruppen.

Einen Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten des Deutschen Bundestages bildet die Arbeit im Rahmen und mit den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Mit dem Vertrag von Lissabon haben die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten mehr Mitwirkungsrechte erhalten. Diese sind in Deutschland nicht zuletzt durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts noch deutlich verstärkt und in der Begleitgesetzgebung zum Vertrag von Lissabon verankert worden. Der Grund der besonderen Beteiligung des Parlaments ist in der herausgehobenen Verantwortung zu sehen, die der Deutsche Bundestag im europäischen Integrationsprozess wahrzunehmen hat.

2 Reisen der Präsidiumsmitglieder

Zukunft der Europäischen Union, bi- und multilaterale Beziehungen in Europa

Die Zukunft der Europäischen Union sowie die bilateralen Beziehungen zu ihren Mitgliedstaaten und den weiteren europäischen Partnern bleiben ein bestimmendes Betätigungsfeld auch für die parlamentarische Dimension der Außenpolitik auf der Ebene des Präsidiums. Traditionell werden dabei die Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und Frankreich in besonders vielfältiger und auf Präsidiumsebene institutionalisierter Weise wahrgenommen. Ein weiterer Schwerpunkt wurde im Berichtszeitraum auf die mittel- und osteuropäischen Länder sowie die östlichen und südlichen Außengrenzen der Europäischen Union gelegt.

Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble und die anderen Mitglieder des Präsidiums reisten anlässlich des 55. Jubiläums des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages (Elysée-Vertrag) am 22. Januar 2018 zu einer feierlichen Sitzung der französischen Nationalversammlung nach Paris, in der eine gemeinsame EntschlieÙung zur deutsch-französischen parlamentarischen Zusammenarbeit angenommen wurde. Am Vormittag desselben Tages war die EntschlieÙung, welche auf die Erarbeitung eines bilateralen Parlamentsabkommens abzielt, bereits vom Deutschen Bundestag angenommen worden.

Vizepräsidentin Claudia Roth reiste im März 2018 in Fortsetzung ihrer Reise nach Tunesien mit einer kleinen interfraktionellen Delegation nach Italien/Sizilien, um sich vor Ort ein Bild von der aktuellen Lage im Hinblick auf die Thematik Flucht und Migration zu machen und Gespräche unter anderem mit Vertretern der Regionalregierung Siziliens, den international agierenden NGOs, lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Hilfseinrichtungen sowie mit Betroffenen zu führen.

Ende Mai 2018 reiste Vizepräsident Wolfgang Kubicki in Begleitung einer kleinen Delegation interfraktioneller Zusammensetzung nach Moskau. Hintergrund der Reise war die Pflege der bilateralen Beziehungen in politisch turbulenten Zeiten. Die Delegation wurde hochrangig wahrgenommen und traf auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zusammen. Zur Sprache kamen dabei auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine, der zum damaligen Zeitpunkt ungeklärte Abschuss von Flug MH17 sowie Fragen zur Lage der Menschenrechte und zur Situation der Presse- und Meinungsfreiheit in Russland.

Am 25. Juni 2018 reiste Präsident Dr. Wolfgang Schäuble nach Warschau, um im Rahmen der Closing Ceremony des polnischen Campus des College of Europe gemeinsam mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki über die Zukunft Europas zu debattieren. Am Rande der Veranstaltung traf er mit dem damaligen Marschall des Sejm der Republik Polen, Marek Kuchciński, zu einem Gespräch zusammen.

Im Juli 2018 nahm er ferner auf Einladung seines luxemburgischen Amtskollegen Di Bartolomeo an der jährlichen Konferenz der Parlamentspräsidenten deutschsprachiger Staaten teil. Im Mittelpunkt der Beratungen standen europa- und innenpolitische Fragestellungen.

Vizepräsidentin Claudia Roth reiste im Juli 2018 nach Paris, wo sie sich unter anderem mit dem damaligen Präsidenten der französischen Nationalversammlung de Rugy sowie weiteren Abgeordneten und Senatoren zu den Themen bilaterale parlamentarische Beziehungen, Umweltpolitik und Klimawandel austauschte. Einer der Schwerpunkte der Reise war die öffentliche Premiere des Films „Die Unsichtbaren“ in Frankreich mit anschließender Podiumsdiskussion über die Erinnerungs- und Gedenkpoltik in Deutschland und Frankreich.

Anfang September 2018 reiste Vizepräsident Wolfgang Kubicki in Begleitung einer kleinen Delegation interfraktioneller Zusammensetzung nach Kiew, Odessa und Lviv. Die Reise stand in unmittelbarem Zusammenhang des zuvor erfolgten Besuches des Vizepräsidenten in Moskau. Bei ihren Gesprächen wurden dabei auch die Beitrittserwartungen der Ukraine zur NATO und zur EU, die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine sowie Fragen zur Lage der Menschenrechte und zum Stand der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine erörtert.

Bundestagspräsident Dr. Schäuble nahm im November 2018 – gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Richard Ferrand – in Preßburg an der Konferenz der Parlamentspräsidenten der Viségrad-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) teil. Die politischen Beratungen über die Lage in der EU erhielten im 100. Gedenkjahr des Endes des Ersten Weltkrieges einen versöhnungspolitischen Akzent durch eine gemeinsame Kranzniederlegung auf einem Soldatenfriedhof.

Anfang November 2018 stattete Vizepräsident Wolfgang Kubicki Vaduz einen Kurzbesuch ab. Der Besuch diente der Stärkung der freundschaftlichen bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Liechtenstein und dem Austausch über die bilateralen Handelsbeziehungen.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich hielt sich vom 5. bis 8. Dezember 2018 in Ankara und Istanbul auf und führte dort Gespräche in der Großen Nationalversammlung, mit Regierungsvertretern, Ökonomen, Kulturmittlern, Künstlern und Wissenschaftlern.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble reiste am 25. März 2019 nach Paris, wo er das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen unterzeichnete und gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen die konstituierende Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung in der französischen Nationalversammlung leitete.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich führte Ende März 2019 in Prag Gespräche mit verschiedenen Fraktionen des tschechischen Abgeordnetenhauses und bekräftigte im 30. Jahr der Samtenen Revolution den Willen zur Zusammenarbeit mit dem Nachbarland.

Auf Einladung des Präsidenten des Nationalrats der Republik Österreich, Wolfgang Sobotka, traf Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble am 23. Juli 2019 in Bregenz mit seinen Amtskollegen aus Belgien, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und der Schweiz zusammen. Neben einem Gedankenaustausch zu verschiedenen aktuellen europa- und innenpolitischen Fragen ging es beim Schwerpunktthema der diesjährigen Konferenz um aktuelle Formen des Antisemitismus und Maßnahmen zu seiner Bekämpfung

Außereuropäische Reisen

Vizepräsidentin Claudia Roth reiste im März 2018 im Vorfeld ihrer Reise nach Sizilien mit einer kleinen interfraktionellen Delegation nach Tunesien, wo sie sich mit hochrangigen Gesprächspartnern aus Parlament und Regierung sowie mit Vertretern der UN Support Mission in Libyen (UNSMIL) über die dortige politische Lage sowie die Situation von Flüchtlingen in den Flüchtlingslagern in Libyen und Tunesien austauschte. Im Fokus der Gespräche mit offiziellen Vertretern des Landes sowie der Zivilgesellschaft standen Fragen der Demokratisierungs- und Reformprozesse in Tunesien.

Vizepräsident Thomas Oppermann reiste im März 2018 nach Beirut, um mit hochrangigen Gesprächspartnern die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Staates als Gastland von über einer Million syrischer Flüchtlinge, die bevorstehenden Parlamentswahlen und die internationalen Unterstützungskonferenzen zugunsten des Libanon zu erörtern.

Die Wiedereröffnung des Goethe-Instituts Yangon, Besuche von Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und Gespräche mit politischen Verantwortlichen und Repräsentanten der Zivilgesellschaft waren die wesentlichen Elemente einer im Juni 2018 unternommenen Reise von Vizepräsident Thomas Oppermann nach Myanmar.

Im August 2018 führte Vizepräsident Wolfgang Kubicki in seiner Funktion als Vorsitzender der Kommission des Ältestenrates für Bau- und Raumangelegenheiten des Deutschen Bundestages mit weiteren Mitgliedern der Kommission einen Kurzbesuch in Washington, D.C. durch, um sich mit dem Gebäude und der Funktionsweise des vor acht Jahren fertiggestellten *Capitol Visitors Center* vertraut zu machen. Hierzu sowie zu weiteren bilateralen Themen führte er hochrangige politische Gespräche.

Am 1. September 2018 reiste Präsident Dr. Wolfgang Schäuble nach Washington, D.C., um an den Trauerfeierlichkeiten für Senator John McCain teilzunehmen.

Anfang Oktober 2018 reiste Vizepräsident Oppermann nach Los Angeles und San Francisco, um sich ein Bild vom politischen Stimmungsbild an der Westküste der Vereinigten Staaten zu machen, und nach New York, um auf der Jubiläumsveranstaltung der amerikanischen Sektion von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste eine Rede zu halten.

Im Oktober 2018 reiste Präsident Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich der Feier des 70. Gründungsjahres des Staates Israel auf Einladung des Präsidenten der Knesset, Yuli-Yoel Edelstein, nach Israel.

Vizepräsident Oppermann leitete Ende Oktober/Anfang November 2018 eine interfraktionelle Delegationsreise in die Vereinigten Arabischen Emirate und in den Oman. Dort informierte sich die Delegation über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungs- und Reformprozesse sowie die aktuelle politische Lage in der Gesamtregion, insbesondere auch im Hinblick auf die Krise im Jemen.

Zur Thematik der Auswirkungen der globalen Klimakrise reiste Vizepräsidentin Claudia Roth mit einer kleinen interfraktionellen Delegation vom 23. Februar bis 8. März 2019 nach Bangladesch sowie in die Pazifikstaaten Kiribati und Fidji, wo sie sich unter anderem zu Fragen von Flucht und Migration aufgrund des Verlustes natürlicher Lebensräume, der klimainduzierten Migration und den daraus folgenden sicherheitspolitischen Herausforderungen informierte.

Im Februar 2019 reiste Vizepräsident Oppermann auf Einladung des ägyptischen Parlamentspräsidenten nach Kairo, um sich mit verschiedenen Gesprächspartnern aus Politik und Zivilgesellschaft über bilaterale parlamentarische Fragen sowie solche der ägyptischen Innen- und Außenpolitik auszutauschen.

Ende Februar 2019 reiste Vizepräsident Wolfgang Kubicki zu einem Besuch in die Kapregion Südafrikas. Dabei tauschte er sich mit Vertretern der Regierung und der Opposition zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Themen sowie zu den bilateralen Beziehungen aus.

Im Mittelpunkt der Gespräche mit dem Parlament, der Regierung und mit Frauenrechtlerinnen, die Vizepräsident Thomas Oppermann im März 2019 in Kuwait führte, standen die Lage in der Golfregion, der Wunsch nach einer Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen und gesellschaftliche Entwicklungen in Ländern der Region.

Im April 2019 reiste Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich in die Volksrepublik China. In seinen Gesprächen mit der politischen Führung in Peking, bei Unternehmen, in Hochschulen und bei gesellschaftlichen Institutionen in Shanghai, Guangzhou und Shenzhen standen Aspekte der bilateralen parlamentarischen Beziehungen sowie der ökonomischen, universitären und der kommunikationstechnologischen Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

Vizepräsident Oppermann reiste Mitte Juni 2019 nach Aserbaidschan, Georgien und Armenien, um sich mit den unterschiedlichen Sichtweisen im Hinblick auf den Berg-Karabach-Konflikt vertraut zu machen. Die vor Ort geführten Gespräche dienten darüber hinaus der Vertiefung der parlamentarischen Beziehungen zwischen Deutschland und den drei Ländern des Südkaukasus.

Im Juni 2019 reiste Vizepräsidentin Claudia Roth nach Istanbul, wo sie dem Prozessauftritt gegen den seit 2017 inhaftierten türkischen Bürgerrechtler Osman Kavala und 15 weitere Akteurinnen und Akteure der türkischen Zivilgesellschaft beiwohnte. Im Kontext der im Reisezeitraum stattfindenden Wiederholung der Bürgermeisterwahlen in Istanbul führte sie zahlreiche politische Gespräche.

Vizepräsidentin Roth reiste im Juli 2019 nach Georgien. Auf Einladung des georgischen Außenministers nahm sie an der 16. Internationalen Konferenz in Batumi zum Thema „10 Jahre Östliche Partnerschaft der EU“ teil und führte hochrangige Gespräche mit Vertretern von Parlament, Regierung und Zivilgesellschaft in Tbilisi. Themen waren unter anderem der Weg Georgiens in Richtung Europa, verbunden mit einer EU-Beitrittsperspektive, das Verhältnis zu Russland und die innenpolitische Lage angesichts der Protestbewegung vom 20. Juni 2019. Mit einem Besuch der zivilen europäischen Beobachtermission EUMM und der sogenannten Verwaltungslinie zu Südossetien wurde die Problematik der von Russland unterstützten separatistischen Bewegungen in Abchasien und Südossetien thematisiert.

Gedenken und Erinnerungskultur, Interkultureller Dialog

Vizepräsidentin Claudia Roth unternahm im Februar 2018 eine Reise nach Griechenland, wo sie an der Gedenkveranstaltung des unter deutscher Besatzung (1941–1944) von der Wehrmacht zerstörten Dorfes Tympaki auf Kreta als Hauptrednerin teilnahm. Die Veranstaltung war die erste Gedenkveranstaltung dieser Art auf Kreta. In Athen führte sie hochrangige Gespräche mit Vertretern von Parlament, Regierung und Zivilgesellschaft über den Weg Griechenlands aus der Finanzkrise, das voraussichtliche Ende des Sparprogramms bis Mitte des Jahres und über die gemeinsame Erinnerungskultur sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Vergangenheitsaufarbeitung. Es fanden auch Gespräche zur Situation von in Griechenland aufgenommenen Geflüchteten statt.

Im November 2018 reiste Vizepräsident Oppermann nach Großbritannien. Dort war er zum Gedenken an den Widerstandskämpfer Adam von Trott zu Solz Festredner der Adam von Trott Memorial Lecture am Mansfield College in Oxford.

Vizepräsidentin Petra Pau reiste vom 4. bis 5. Mai 2019 nach Wien und Mauthausen, wo sie an der Internationalen Gedenk- und Befreiungsfeier der KZ-Gedenkstätte Mauthausen teilnahm.

3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche

Die Reisen sowie Gegenbesuche der Ausschüsse dienten vornehmlich dazu, Erfahrungen zu wichtigen und aktuellen politischen Themen auszutauschen und Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen. Gesprächspartner waren insbesondere die korrespondierenden Ausschüsse und andere Mitglieder der ausländischen Parlamente, daneben Vertreter der Regierungen, andere Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und von Verbänden.

In den folgenden Abschnitten werden die Reisen und Gegenbesuche ausländischer Parlamentarierdelegationen nach den einzelnen Ausschüssen gegliedert aufgeführt. Die internationalen Aktivitäten wurden unter Bezugnahme auf die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Gremiums dargestellt, wobei sie exemplarisch aufgeführt sind. Es handelt sich demnach nicht um eine vollständige Auflistung aller Aktivitäten.

Auswärtiger Ausschuss

Mit gemeinsamen Sitzungen in Paris im Juni 2018 beziehungsweise in Berlin im November 2018 setzte der Ausschuss den Dialog mit den Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten des französischen und des polnischen Parlaments fort. Die Auswirkungen der Kündigung der Vereinbarung über das iranische Nuklearprogramm durch die USA auf die transatlantischen Beziehungen, die Suche nach einer politischen Lösung des Konflikts in Syrien, das Verhältnis zu Russland insbesondere mit Blick auf die Umsetzung des sogenannten Minsker Abkommens und

die Bekämpfung von Fluchtursachen und irregulärer Migration waren Gegenstand der Beratungen in Paris, während im Zentrum des Gesprächs mit den polnischen Gästen die Lage der Ukraine, das Pipeline-Projekt *North Stream II* und die Fortentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU standen.

Die Delegationsreise nach China im Juni 2019 diente dem Zweck, sich über das Selbstverständnis der Volksrepublik als globaler Akteur, ihre mittel- und langfristigen Ziele sowie ihre Vorstellungen zur Gestaltung der internationalen Ordnung zu informieren. Dabei galt das Interesse der Delegation besonders dem Verhältnis Pekings zur EU sowie zu den USA und Russland, seiner Rolle in Ostasien sowie seiner Sicht auf aktuelle Krisenregionen wie den Nahen und Mittleren Osten.

Die Fähigkeit der Vereinten Nationen, ihre Verantwortung für die Wahrung von Frieden und Sicherheit und ihre Rolle als zentrales Forum der Weltgemeinschaft auch in einer Zeit wahrzunehmen, in der multilaterale Zusammenarbeit auch von führenden Mitgliedern der VN grundsätzlich in Frage gestellt wird, war das zentrale Thema des Besuchs einer Delegation des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung in New York Anfang Oktober 2018. Eine Delegationsreise des Unterausschusses nach Wien im Juni 2019 diente der Information über Aufgaben und aktuelle Prioritäten der dort ansässigen internationalen Organisationen.

Vor dem Hintergrund zunehmend gewalttätiger Spannungen zwischen den englisch- und den französischsprachigen Teilen des Landes reiste eine Delegation des Unterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln im Dezember 2018 nach Kamerun, um vor Ort nach Wegen aus der komplexen Konfliktlage des Landes und für die internationale Unterstützung eines Friedensprozesses zu suchen.

Im Mittelpunkt der Gespräche einer Delegation des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung in Teheran im Juni 2019 standen die Zukunft der von den USA gekündigten Vereinbarung über das Nuklearprogramm aus dem Jahr 2015 sowie die sich zuspitzende sicherheitspolitische Lage in der Region und besonders in der Straße von Hormus.

Die Delegationsreise des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in die USA im Oktober 2018 diente der Information der Abgeordneten insbesondere über die Umsetzung der Projekte Thomas-Mann-Villa in Los Angeles und der *German Academy* New York als Orte des kulturellen Austauschs sowie der Begleitung und Eröffnung des Deutschlandjahres in den USA in Zeiten sich verändernder transatlantischer Beziehungen.

Ausschuss für Inneres und Heimat

Die Beratungen zur Migrations- und Flüchtlingspolitik veranlassten den Ausschuss, im Dezember 2018 eine Delegationsreise nach Eritrea und im Juni 2019 eine Delegationsreise nach Tunesien und Marokko durchzuführen.

Eritrea ist eines der Hauptherkunftsländer afrikanischer Flüchtlinge in Deutschland. Inhaltlicher Schwerpunkt waren für die Delegationsmitglieder deshalb Migrationsfragen. Die Abgeordneten besichtigten humanitäre sowie (Entwicklungshilfe-)Projekte und führten eine Vielzahl von Gesprächen, deren Ergebnisse für die Flüchtlingssituation und die Fluchtursachenbekämpfung sowie für die Asylenerkennungspraxis nach dem gerade zuvor erfolgten Friedensschluss mit Äthiopien von Bedeutung sind.

Der Ausschuss befasste sich intensiv mit der gesetzlichen Einstufung von Tunesien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten. Für die Delegationsmitglieder waren daher bei ihrer Reise in die beiden Länder insbesondere Gespräche über Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Migration (Grenz- und Küstenschutz, Steigerung der Bleibeperspektive) sowie zur verbesserten Zusammenarbeit im Bereich der Rückführung von wesentlichem Interesse. Auch die Lage der Menschenrechte und die Situation vulnerabler Personengruppen in beiden Ländern waren Gegenstand zahlreicher Gespräche mit Parlamentariern, Regierungsvertretern sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Sportausschuss

Der Sportausschuss hat im Berichtszeitraum die langjährigen gegenseitigen Informationsbesuche mit dem Ausschuss für Körperkultur, Sport und Tourismus des Sejm der Republik Polen fortgeführt. Im Juni 2018 reiste eine Delegation des Sportausschusses nach Krakau, um Gespräche mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Sportorganisationen und Sportwissenschaft zu führen. Im Fokus der Diskussion mit den Abgeordneten des Sejm standen unter anderem der Schutz der Integrität des Sports, insbesondere die nationalen und internationalen Anti-Doping-Maßnahmen, und der Kampf gegen Wettbetrug und Korruption. In Bezug auf die europäische Sportpolitik waren

sich beide Seiten einig, dass nicht nur Kooperationen auf Regierungs- und Parlamentsebene von großer Bedeutung sind, sondern insbesondere auch Begegnungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft im und durch Sport. Darüber hinaus informierte sich die Delegation unter anderem über Multifunktionsarenen als Austragungsstätten von großen Sportveranstaltungen, über Maßnahmen der polnischen Behörden zur Gewährleistung von Sicherheit bei Sportveranstaltungen und über aktuelle Trends der Sportwissenschaft, insbesondere im Hinblick auf Spitzensport und die Ausbildung von Trainern und Sportlehrern.

Der bilaterale Austausch wurde durch den Gegenbesuch einer polnischen Delegation im Juni 2019 fortgesetzt. In einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse standen aktuelle Themen der Sportpolitik in Polen und Deutschland auf der Tagesordnung. Die Förderstrukturen von Athletinnen und Athleten im Spitzensport und Möglichkeiten der sozialen Absicherung wurden ebenso erörtert wie die Kandidatur des polnischen Sportministers Witold Banka für das Amt des Präsidenten der Welt Anti Doping Agentur WADA, an die beide Seiten die Hoffnung knüpften, den internationalen Kampf gegen Doping weiter zu verstärken. Die polnische Seite informierte sich in weiteren Gesprächen unter anderem über Berlin als Standort für Sportgroßveranstaltungen, die Strategie der Sportverbände zum eSport, über aktuellen Themen im Sport von Menschen mit Behinderungen und ebenfalls über Maßnahmen zur Sicherheit bei Sportveranstaltungen.

Im September 2019 reiste eine Delegation des Sportausschusses in die Schweiz. Da dort eine Vielzahl internationaler Sportverbände ansässig ist, konnten in kurzer Zeit diverse Gespräche geführt werden. Im Austausch mit dem Internationalen Olympischen Komitee IOC, dem Fußballweltverband FIFA und dem europäischen Fußballverband UEFA sowie dem Handballverband IHF, dem Skiverband FIS, dem Basketballverband FIBA und auch dem internationalen Sportgerichtshof Court of Arbitration for Sport CAS wurden aktuelle Herausforderungen dieser global agierenden Verbände diskutiert. Mit der Europäischen Rundfunkunion EBU stand unter anderem die strategische Ausrichtung in Zeiten des technologischen Wandels im Fokus. Sowohl bei einem Treffen mit Mitgliedern der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrates als auch beim Nationalen Olympischen Komitee Swiss Olympic wurde deutlich, dass die sportpolitischen Themen in beiden Ländern sehr ähnlich sind.

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Im Mittelpunkt einer Delegationsreise des Ausschusses nach Albanien und Kosovo im Oktober 2018 standen Reformfortschritte im Rahmen des Integrationsprozesses beider Länder in die Europäische Union im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Die Gespräche mit hochrangigen Vertretern aus Parlament und Regierung sowie mit Akteuren aus Opposition, Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften vermittelten den starken Willen beider Länder, Teil der EU zu werden. In Albanien wurden erste Reformfortschritte wie die Entlassung zahlreicher Richter aufgrund eines konkreten Korruptionsverdachts („*Vetting*-Prozess“), aber auch weiterer Reformbedarf wie die Überprüfung von Politikern und hohen Beamten auf Verwicklungen in Korruption und auf mögliche Verbindungen zum früheren Regime des Diktators Enver Hoxha erörtert. Schwerpunktthemen im Kosovo waren die noch nicht erreichte Visaliberalisierung als großes Entwicklungshemmnis insbesondere für junge Menschen, sowie der ungeminderte landesweite Einfluss Serbiens auf alle Bereiche der Gesellschaft.

Der Unterausschuss Europarecht setzte auch in diesem Berichtszeitraum seine Praxis fort, sich bei Institutionen der Europäischen Union über deren Tätigkeit und aktuelle Problemstellungen zu informieren. So reiste im Februar 2019 eine Delegation nach Brüssel, um dort Gespräche mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments sowie Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zu führen. Themen der Gespräche waren vor allem wichtige Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Union aus dem Bereich der Rechts- und Verbraucherpolitik.

Finanzausschuss

Die internationalen Aktivitäten des Finanzausschusses waren in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode geprägt durch die Diskussion über eine weitere Vertiefung der europäischen Bankenunion, über nächste Schritte für eine europäische Kapitalmarktunion, über ein so genanntes Eurozonenbudget sowie über die Umsetzung von Maßnahmen gegen Gewinnverlagerung und Erosion der steuerlichen Bemessungsgrundlagen (BEPS).

Diese Themen standen auch im Mittelpunkt der Gespräche, die Mitglieder des Finanzausschusses im Rahmen einer Ausschussreise mit Vertretern der Europäischen Kommission im Juni 2018 in Brüssel führten. Weitere Themen waren die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, der mehrjährige Finanzrahmen und das Europäische Semester.

Vor dem Hintergrund des Handelsstreits zwischen den USA und China und der steigenden Verschuldung in den Entwicklungsländern gingen Abgeordnete des Finanzausschusses bei Gesprächen bei den Jahresversammlungen von IWF und Weltbank im Oktober 2018 auf Bali (Indonesien) der Frage nach, wie den gestiegenen Risiken für die Weltwirtschaft begegnet und das globale Wirtschafts- und Finanzsystem weiter gestärkt werden kann.

Die Reformagenda der Administration von Präsident Emmanuel Macron und die wirtschaftliche Situation Frankreichs standen im Mittelpunkt des Interesses einer Delegationsreise, die im Oktober 2018 nach Paris führte.

Bei Gesprächen in Den Haag und Amsterdam im Mai 2019 informierten sich die Ausschussmitglieder insbesondere über die niederländische Politik im Hinblick auf die Aktivitäten auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene zur Bekämpfung von Steuervermeidung, die durch den BEPS-Prozess auf OECD-Ebene angestoßen wurden.

Der Zustand des italienischen Bankensystems, die fiskalische Position Italiens, die Zukunft des Euros sowie die Bemühungen zur Reform des politischen Systems Italiens waren Anlass einer Delegationsreise nach Rom im Juni 2019.

Auch in dieser Legislaturperiode empfing der Finanzausschuss wieder eine Reihe von Delegationen und Gästen zu Gesprächen, so aus Großbritannien, Kenia, Korea, Kroatien, Liechtenstein, Myanmar, den Niederlanden und Norwegen. Bei den Gesprächen ging es unter anderem um den Aufbau der deutschen Steuer- und Finanzverwaltung, die Folgen des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union, die Einführung einer europäischen Digitalsteuer und die Diskussion um ein Eurozonenbudget.

Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss ist aufgrund seiner Zuständigkeiten für den Gesamtetat und für alle kostenwirksamen Einzelmaßnahmen in sämtlichen politischen Fachgebieten tätig, was sich auch in seinen internationalen Aktivitäten widerspiegelt. So reisten im Januar 2019 die mit den Etats für das Auswärtige Amt und für das Bundesministerium der Verteidigung betrauten Haushaltspolitiker nach Namibia, das im Rahmen der Ausstattungshilfe Materialien und Beratungshilfe der Bundeswehr erhält.

In diese Region führte auch eine Reise der Berichterstattergruppe für den Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, die sich im Februar 2019 in Namibia und Südafrika über Fragen des Waldschutzes, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung sowie der klimafreundlichen Erzeugung und Verarbeitung nachwachsender Ressourcen informierte.

Im Rahmen der kontinuierlichen Begleitung europapolitischer Entscheidungsprozesse durch den Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union erfolgte im selben Monat eine Delegationsreise nach Brüssel. Zentrale Themen der Gespräche waren der künftige mehrjährige Finanzrahmen, die Verwaltung von EU-Mitteln und der EU-Treuhandfonds, die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus sowie die finanziellen Auswirkungen des Brexit.

Eine Delegation des Rechnungsprüfungsausschusses reiste im März 2019 nach Luxemburg, wo Gespräche im Europäischen Rechnungshof, im Luxemburger Rechnungshof, beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und in der Abgeordnetenversammlung des Großherzogtums Luxemburg auf dem Programm standen.

Bei den für den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie verantwortlichen Haushaltspolitikern standen ebenfalls im März 2019 in Myanmar und Vietnam die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland einschließlich der Wirksamkeit der deutschen Außenwirtschaftsförderung im Mittelpunkt des Interesses.

Über aktuelle Entwicklungen in der Geld- und Handelspolitik tauschten sich die mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen befassten Haushaltspolitiker während einer Reise in die USA im Mai 2019 mit Vertretern des amerikanischen Kongresses und Finanzministeriums, des Internationalen Währungsfonds, der Weltbankgruppe und US-Notenbank Federal Reserve aus.

Im Juni 2019 reisten die Berichterstatter für den Einzelplan der Bundeskanzlerin und der Beauftragten für Kultur und Medien nach Japan. Im Fokus dieser Reise standen die Kulturfinanzierung sowie die kultur- und bildungspolitische Zusammenarbeit. Ferner wurden die fortschreitende Technisierung/Digitalisierung und die Herausforderungen der Demografie in Ländern mit hoher Lebenserwartung und niedriger Geburtenrate thematisiert.

Zu Gesprächen mit Experten von Technologieunternehmen und Wissenschaftlern der Universität von British Columbia hielt sich Anfang Juli 2019 die mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales befasste Berichterstattergruppe in Seattle und Vancouver auf. Von zentraler Bedeutung waren bei dieser Reise aktuelle Forschungsvorhaben und das frühzeitige und vorausschauende Aufgreifen von Fragen, die sich aus dem technologischen und sozialen Wandel der Arbeitswelt ergeben.

Die Berichterstatter für den Einzelplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit befanden sich zur selben Zeit auf einer Reise nach Brasilien, um mit politischen und zivilgesellschaftlichen Vertretern die bilateralen Beziehungen im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes zu erörtern und mehrere vom Bund geförderte Projekte, vor allem aus dem Projektportfolio der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI), zu besuchen.

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

In Gesprächen und Besichtigungsterminen informierte sich eine Delegation des Ausschusses während einer Reise im Juni 2018 nach Großbritannien und Irland über die politische und wirtschaftliche Lage im Vereinigten Königreich sowie in der Republik Irland unter besonderer Berücksichtigung des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union.

Im September 2018 reisten Mitglieder des Ausschusses in die Volksrepublik China und in die Sonderverwaltungsregion Hongkong, um Einblicke in die Handels- und Wirtschaftsstrategie Chinas zu erhalten. In den Gesprächen ging es vor allem um „Made in China 2025“ sowie die „Belt and Road Initiative“.

Eine weitere Delegationsreise führte im Februar 2019 nach Botswana und Angola. Im Mittelpunkt der Reise standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Investitionsbedingungen insbesondere in den Bereichen Energie, Landwirtschaft und Tourismus. Zudem ging es den Ausschussmitgliedern in ihren Gesprächen um die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder sowie um das Engagement deutscher Firmen dort.

Zentrales Thema der Delegationsreise im Juni 2019 nach Mexiko und in die USA waren aktuelle Fragen der Handels- und Zollpolitik, hierbei insbesondere die Handelskonflikte der USA mit Mexiko, Europa und China.

Der Ausschuss pflegt traditionell intensive Beziehungen zu seinem Partnerausschuss in der französischen Nationalversammlung. Ein gemeinsames Treffen im Oktober 2018 in Berlin wurde genutzt, um sich über die aktuellen Herausforderungen der europäischen Wirtschafts- und Handelspolitik sowie gemeinsame Projekte zur Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren oder technischer Dienstleistungen auszutauschen.

Darüber hinaus hatte der Ausschuss zahlreiche internationale Delegationen zu Gast. Neben Treffen mit Kommissarinnen und Kommissaren der Europäischen Kommission wurden unter anderem Delegationen aus Ägypten, Australien, Belgien, Libanon, Neuseeland, Norwegen, Russland, Ukraine, den USA sowie Vietnam am Sitz des Deutschen Bundestages in Berlin empfangen. Für die Gäste waren insbesondere Fragen zur deutschen Energie- und Handelspolitik sowie der Ausbau der bilateralen wirtschafts- und energiepolitischen Beziehungen von Interesse.

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Der Ausschuss beschäftigte sich im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten unter anderem mit Fragen der globalen Ernährungssicherung, der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (Digitalisierung) im Agrarsektor, der Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2020, der Kontrolle der Sicherheit und Qualität von Lebensmitteln, dem Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft, dem Tierwohl sowie dem Umgang mit Tierseuchen.

Im Mittelpunkt einer Delegationsreise im September 2018 nach Dänemark und in die Niederlande standen der Tierschutz und die Antibiotikaminimierung in der Nutztierhaltung, (freiwillige) Tierwohl-Labels, präventive Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) sowie neue rechtliche Rahmenbedingungen bei der Düngung in der Landwirtschaft. Hierzu trafen sich die Ausschussmitglieder zum einen mit Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt und Ernährung des dänischen Folketing sowie zum anderen mit Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität der Zweiten Kammer der Generalstaaten der Niederlande im Rahmen einer öffentlichen Sitzung.

Fragen der Nachhaltigkeit in der Land- und Forstwirtschaft, der Landnutzungswandel, die Herstellung von Bio-Kraftstoffen, die Rindfleischerzeugung, der Anbau von gentechnisch beziehungsweise nicht-gentechnisch veränderter Soja und die Digitalisierung in der Landwirtschaft waren die Themen einer Delegationsreise, die den Ausschuss im Oktober 2018 nach Argentinien führte. Die Delegationsmitglieder konnten sowohl mit den Vorsitzenden der Agrarausschüsse von Abgeordnetenhaus und Senat als auch mit dem politischen Staatssekretär für Agrarpolitik im argentinischen Wirtschaftsministerium einen intensiven Informationsaustausch zu diesen Themen führen.

Im Juni 2019 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Finnland und Estland, wo es insbesondere um die Daseinsfürsorge in den ländlichen Räumen, den Agrotourismus, die Bioökonomie, den Holzbau sowie die finnische Ratspräsidentschaft in der EU im 2. Halbjahr 2019 ging. Bei ihren Gesprächen trafen die Bundestagsabgeordneten unter anderem Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses des finnischen Parlaments (Eduskunta), des Ausschusses für Angelegenheiten des ländlichen Raums des estnischen Parlaments (Riigikogu) sowie Vertreter der Regierung beider Länder.

Im Berichtszeitraum empfing der Ausschuss zahlreiche internationale Gäste im Deutschen Bundestag. Hierzu gehörten der neuseeländische Landwirtschaftsminister, die stellvertretende bulgarische Ministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Forstwirtschaft und der Generalsekretär der brasilianischen Landlosenbewegung „Movimento sem terra“ sowie Senatoren der Republik Indonesien. Des Weiteren gab es Begegnungen mit Delegationen von Parlamentariern aus Frankreich, den Niederlanden, Finnland, Bulgarien, Rumänien, Belarus sowie China. Zudem traf sich der Ausschuss mit dem EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie dem EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die erste Delegationsreise des Ausschusses im Berichtszeitraum führte im September 2018 bewusst nach Frankreich, um das deutsch-französische Parlamentsabkommen mit Leben zu erfüllen, aber auch um sich über die weitreichenden Reformen des französischen Präsidenten Macron im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitslosenversicherung sowie der Alterssicherung zu informieren. Letzteres geschah auch vor dem Hintergrund, dass den Sozialsystemen wesentliche Bedeutung hinsichtlich der Stabilität und der Wettbewerbsfähigkeit des Euro-Raumes zugemessen wird und Frankreich als einem der wichtigsten Partner in der EU dabei eine Schlüsselrolle zukommt.

Die Reise des Ausschusses im Mai 2019 in die Niederlande stand ganz im Zeichen der Diskussion um Altersarmut und Grundrente, die den Ausschuss seit Beginn der Legislaturperiode beschäftigt. Da das Alterssicherungssystem grundsätzlich anders aufgebaut ist als das deutsche Rentensystem, war es hilfreich, sich über andere Systemvarianten und deren Ergebnisse hinsichtlich Sicherungsniveau, Finanzierung und Schutz vor Altersarmut zu informieren.

Ein weiterer zentraler Themenkomplex des Ausschusses, nämlich der Fachkräftemangel, die Fachkräftezuwanderung und die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, stand im Mittelpunkt einer Delegationsreise im Juni 2019 nach Kanada. Als klassisches Einwanderungsland verfügt Kanada in diesen Fragen nicht nur über jahrzehntelange Erfahrungen, es wird auch in allen Fachdiskussionen immer wieder als in diesen Fragen vorbildhaft dargestellt. Bei der Reise konnten einerseits wesentliche Erkenntnisse gewonnen, andererseits konnte aber auch festgestellt werden, dass Kanada und Deutschland in diesem Bereich doch von sehr unterschiedlichen Traditionen und Rahmenbedingungen ausgehen.

Verteidigungsausschuss

Wie bereits in den vorhergegangenen Wahlperioden standen für den Verteidigungsausschuss auch in der ersten Hälfte der 19. Wahlperiode die Besuche in den Einsatzgebieten der Bundeswehr im Vordergrund seiner Reisetätigkeit. Das hiermit verbundene Ziel der mitreisenden Abgeordneten war es, sich als Vertreter des zuständigen Fachausschusses vor Ort ein Bild von dem Stand der Auftragserfüllung zu machen sowie sich über die Einsatzbedingungen der Soldatinnen und Soldaten zu informieren. Daneben lag der Fokus des Ausschusses darauf, den bilateralen Austausch mit seinen europäischen Partnerausschüssen weiter zu vertiefen.

Aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen sowie der häufig angespannten Sicherheitslage erfolgten die Reisen in die Einsatzgebiete stets in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Verteidigung. So begleiteten Delegationen des Ausschusses Regierungsvertreter im März 2018 sowohl in den Irak als auch nach Afghanistan.

Eigenständige Delegationen des Ausschusses besuchten im Juni 2018 den Kosovo, im Frühjahr 2019 folgten Besuche bei drei die Bundeswehr stark fordernden Einsätzen – RSM in Afghanistan sowie MINUSMA und EUTM in Mali.

Ein weiteres Augenmerk galt der Vertiefung der europäischen Kooperation insbesondere mit den französischen Verteidigungsausschüssen der Assemblée nationale und des Senats mit einer Reise nach Paris im Oktober 2018. Um europäische Kooperation ging es auch bei einer Reise in die Niederlande im August 2019.

Ebenso empfing der Ausschuss eine Vielzahl an internationalen Parlamentarier-, Regierungs- und Militärdelegationen und führte mit diesen Gespräche zur aktuellen Lage in deren Heimatländern sowie zum System der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte in Deutschland.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Tätigkeiten des Familienausschusses zielen insbesondere darauf ab, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern und Familien, Kinder sowie Jugendliche weiter zu stärken. Diese Schwerpunkte werden auch mit Blick auf die internationalen Aktivitäten des Ausschusses und seiner Mitglieder im Berichtszeitraum deutlich. So nahmen im März 2018 mehrere Ausschussmitglieder am interparlamentarischen Treffen des Ausschusses des Europäischen Parlaments für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) in Brüssel teil. Unter der Überschrift „EMPOWERING WOMEN AND GIRLS IN MEDIA AND ICT: KEY FOR THE FUTURE“ fanden Vortrags- und Gesprächsrunden statt, in deren Verlauf die verschiedenen Aspekte des Themas beleuchtet wurden.

Die Gleichstellungspolitik war auch Gegenstand eines Treffens mehrerer Ausschussmitglieder mit einer österreichischen Delegation um die Landesrätin der Steiermark für Bildung und Gesellschaft im April 2018 am Sitz des Deutschen Bundestages. Im Rahmen eines Arbeitsgesprächs wurde das Thema „Quoten in Aufsichtsräten in öffentlichen und privaten Unternehmen Deutschlands“ diskutiert.

Im Zusammenhang mit der Evaluierung der Umsetzung der in Deutschland 2013 in Kraft getretenen Europaratskonvention zur Bekämpfung des Menschenhandels empfingen die Ausschussvorsitzende und einige Ausschussmitglieder im Juni 2018 eine Delegation der Expertengruppe GRETA (Group of Experts on Action against Trafficking in Human Beings) zu einem fachlichen Austausch in Berlin. Dabei wurden sowohl die generellen Maßnahmen Deutschlands zur Bekämpfung des Menschenhandels als auch der spezielle Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung thematisiert.

In seiner 26. Sitzung im März 2019 empfing der Ausschuss die Geschäftsführerin des *Canadian Centre for Child Protection* zu einem Gespräch, in dessen Verlauf den Ausschussmitgliedern das kanadische Projekt „Arachnid“ – ein Softwareinstrument zur Bekämpfung der zunehmenden Verbreitung von Inhalten im Internet den sexuellen Missbrauch von Kindern betreffend – vorgestellt wurde.

Gemeinsam mit der Vorsitzenden empfingen einige Mitglieder des Ausschusses im April 2019 eine Delegation aus Tunesien, um im Verlauf eines einstündigen Gesprächs über Aufbau und Funktion des Ausschusses sowie die Rolle des Deutschen Bundestages bei der Umsetzung der europäischen Richtlinien im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern zu informieren. Dieses Gespräch war Bestandteil einer einwöchigen, von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH veranstalteten Informationsreise, in deren Verlauf sich die tunesischen Delegationsteilnehmerinnen – ihrerseits hochrangige Vertreterinnen verschiedener Ministerien Tunesiens – mit den Themen „Rolle und Mandat von Gleichstellungsbeauftragten“, „Gesetzliches Regelwerk in der Verwaltung zur Gleichstellung“ und „Vereinbarkeit von Führungsrolle und Familie“ auseinandersetzten.

Ausschuss für Gesundheit

Der Ausschuss für Gesundheit beschäftigte sich in der ersten Hälfte der 19. Wahlperiode insbesondere mit der Digitalisierung im Gesundheitswesen und dem Pflegepersonalmangel. Deshalb reisten Mitglieder des Ausschusses im Juni 2018 nach Den Haag (Niederlande), um sich über alternative Pflegekonzepte zu informieren. Im Mittelpunkt stand der Besuch des Unternehmens „Buurtzorg“, das mit dem Konzept der „Pflege im Quartier“ die Qualität in der Pflege steigerte und trotz tariflicher Bezahlung der Pflegekräfte die Kosten senkte.

Die zweite Delegationsreise des Ausschusses ging im September 2018 nach Estland und Finnland. Beide Länder haben ihr Gesundheitswesen weitgehend digitalisiert und die Nutzung der elektronischen Patientenakte und des E-Rezepts sowohl durch Leistungserbringer als auch durch die Patientinnen und Patienten sind dort seit Jahren

Standard. Dadurch ist es gelungen, den Austausch von Informationen zwischen den Akteuren des Gesundheitswesens erheblich zu beschleunigen sowie die Kosten zu senken.

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens und die Pflegepolitik standen auch im Mittelpunkt einer Delegationsreise nach Norwegen im Mai 2019. Da die Integration der elektronischen Patientenakte in das Gesundheitswesen in dem skandinavischen Land weitgehend abgeschlossen ist, erhofften sich die Parlamentarier Impulse für die Umsetzung in Deutschland. Weiter war die im Vergleich zu Deutschland relativ hohe Personalausstattung in norwegischen Krankenhäusern vor dem Hintergrund des sehr engen Arbeitsmarktes für Pflegekräfte von hohem Interesse.

Bereits im Januar 2019 fuhren Abgeordnete des Ausschusses nach Kopenhagen, um sich über die umfassende Krankenhausreform in Dänemark, die von einem konsequenten Ausbau der Spezialisierung und der ambulanten Versorgung flankiert wurde, zu informieren. Damit ist es Dänemark gelungen, die Anzahl der Krankenhäuser deutlich zu senken und die Bettenauslastung signifikant zu erhöhen.

Ein weiteres wichtiges Thema für den Ausschuss ist die Organspende. Angesichts der großen Zahl an Menschen, die in Deutschland auf ein Spenderorgan warten, hat sich der Ausschuss zum Ziel gesetzt, mit gesetzlichen Änderungen zu einer Erhöhung der Organspendezahlen beizutragen. Da sowohl in Dänemark als auch in Spanien die Bereitschaft zur Organspende deutlich höher ist als in Deutschland, reiste der Ausschuss im Oktober 2018 nach Madrid und Kopenhagen, um mehr über die Gründe zu erfahren.

Zudem reiste eine Delegation des in der 19. Wahlperiode neu konstituierten Unterausschusses Globale Gesundheit im Februar 2019 nach Genf, dem Sitz vieler internationaler Organisationen, um sich unter anderem über die künftige strategische Ausrichtung und das neue Arbeitsprogramm der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dem wichtigsten Akteur im Bereich der globalen Gesundheit, zu informieren sowie Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern weiterer weltweit arbeitender Institutionen zu führen.

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Bei einer Delegationsreise im Mai 2018 nach Frankreich (Paris und Toulouse) informierte sich die Delegation vor allem über herausragende Verkehrsprojekte. Paris plant einen groß angelegten Ausbau des Metronetzes einschließlich des Einsatzes autonomer Fahrzeuge. Die Metropole bemüht sich um Reduktion des Autoverkehrs und hat dem Radverkehr durch Umwidmung mehr Raum gegeben. Ein zentrales Thema war auch die geplante Reform der Staatsbahn SNCF. In Toulouse informierten sich die Abgeordneten beim größten deutsch-französischen und europäischen Unternehmen Airbus über aktuelle Entwicklungen im Luftverkehr und Möglichkeiten der Emissionsreduktion.

Die Elektromobilität bildet in der 19. Wahlperiode ein wesentliches Thema in den Beratungen des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur. In Norwegen konnten dazu bei einer Delegationsreise im Oktober 2018 wichtige Erkenntnisse zu Rahmenbedingungen und Förderung der Elektromobilität gewonnen werden, sowohl im Hinblick auf den Landverkehr als auch in Bezug auf die E-Mobilität in der Schifffahrt. Die Breitband- und Mobilfunkversorgung in Norwegen, die Klimaziele des Landes im Verkehrssektor sowie Mautsysteme in Norwegen waren weitere wichtige Themen dieser Reise.

Im Mittelpunkt der Delegationsreise im Juni 2019 nach Estland (Tallin) und Dänemark (Kopenhagen) standen zum einen Konzepte zum Einsatz digitaler Anwendungen, insbesondere im Zusammenhang mit Dienstleistungen der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger. Ein weiteres Thema war der in Estland für die Einwohner kostenlose öffentliche Nahverkehr. Zentrale Themen in Kopenhagen waren neben der Fahrradstrategie der Stadt und digitalen Lösungen in der Verwaltung auch Informationen über den Stand der festen Fehmarnbeltquerung, die Fehmarn (Deutschland) und Lolland (Dänemark) verbinden soll.

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Die einzige Delegationsreise des Ausschusses im Berichtszeitraum führte die Abgeordneten im Oktober 2018 nach Marokko. Hauptgrund hierfür war ein Besuch des weltweit größten Solarkraftwerks, das unter anderem mit finanzieller und personeller Förderung aus Deutschland entwickelt und im Jahre 2018 fertiggestellt werden konnte.

Der Solarkomplex „NOOR“ in der Nähe der marokkanischen Stadt Ouarzazate mit einer Leistung von 580 Megawatt besteht aus vier Kraftwerken auf einem Areal von 3 000 Hektar am Rande der Wüste. Unterschiedliche Solartechniken wie Parabolspiegel, klassische Photovoltaikanlagen und ein Solarturm mit 7 000 Einzelspiegeln zur Bündelung der Sonnenstrahlen kommen hier zum Einsatz. An der Finanzierung dieses einzigartigen Großprojektes (insgesamt ca. 2,2 Milliarden Euro) haben sich neben der KfW die französische und die afrikanische Entwicklungsbank, EU-Institutionen sowie marokkanische Projektträger beteiligt. Die Delegation konnte die Anlage kurz vor deren Fertigstellung besuchen und sich von dem enormen Potenzial zur Energiegewinnung in der Region überzeugen. Das Projekt hat Vorbildcharakter für die benachbarten Maghreb-Staaten, aber auch für andere afrikanische Staaten.

Weiterhin nutzte die Delegation die Gelegenheit, sich über Projekte der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu informieren. Ein Klimaanpassungsprojekt, das unter anderem durch Erhöhung der Bestäubervielfalt eine Habitatverbesserung erzielt, fand das besondere Interesse der Ausschussmitglieder, nicht zuletzt, weil es länderübergreifend angelegt ist und Studierende aus den benachbarten MENA-Staaten Algerien und Tunesien, aber auch aus Jordanien und Ägypten integriert.

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Im November 2018 reiste eine Delegation des Ausschusses unter Leitung der Ausschussvorsitzenden nach Kairo, um sich über die Lage ethnischer und religiöser Minderheiten sowie über die allgemeine Menschenrechtssituation in Ägypten zu informieren. Die Reise stand im Zusammenhang mit dem vom Ausschuss für die zweite Jahreshälfte 2018 festgelegten Schwerpunktthema „Bedrohte Ethnien – Verdrängte Völker“. Die Delegation erhielt bei ihren Gesprächen mit Regierungsvertretern und Parlamentariern, Repräsentanten der verschiedenen Religionsgemeinschaften sowie Vertretern der Zivilgesellschaft sehr gegensätzliche Informationen. Während Vertreter des Außenministeriums, der Präsident des ägyptischen Parlaments und die Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses und des Menschenrechtsausschusses durchgehend ein positives Bild von der Menschenrechtssituation in Ägypten zeichneten, berichteten Menschenrechtsverteidiger vielfach von persönlichen Erfahrungen mit Haft, Folter oder Ausreiseverboten.

Anlass für eine Delegationsreise nach Indien im September 2019 war der vom Ausschuss für das erste Halbjahr 2019 festgelegte Themenschwerpunkt „Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China“. Das Reiseziel Indien wurde gewählt, weil eine entsprechende Reise nach China nicht zustande gekommen war. Im Mittelpunkt der Reise standen daher Gespräche mit Vertretern ethnischer und religiöser Minderheiten aus China, die in Indien leben, insbesondere mit Vertretern der Tibeter. Der Ausschussdelegation war es zudem ein zentrales Anliegen, sich umfassend über die angespannte Menschenrechtssituation in Indien zu informieren. Während ihrer Reise, die in Neu-Delhi begann und anschließend nach Dharamsala in Nordindien führte, traf sie sich zu Gesprächsterminen mit Parlamentariern, hochrangigen Vertretern von Regierungsbehörden, Mitgliedern der tibetischen Exilregierung und der indischen Zivilgesellschaft sowie mit Repräsentanten des indischen VN-Koordinierungsbüros (UNHCR, WFP, WHO, UNICEF u. a.).

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Internationale Kooperationen in Wissenschaft und Forschung, berufliche Bildung, Firmenausgründungen aus Universitäten, aber auch Sprunginnovationen und künstliche Intelligenz sowie der „Brain Drain“ und die Möglichkeiten seiner Vermeidung waren die thematischen Schwerpunkte der Reisen des Ausschusses im Berichtszeitraum.

Jeweils eine Delegation reiste Anfang September 2018 nach Boston beziehungsweise Ende August 2019 nach San Francisco, um an der größten Tagung und Messe des German Academic International Network (GAIN) außerhalb Europas für Wissenschaftskarrieren in Deutschland teilzunehmen. Über 500 Teilnehmende der universitären und außeruniversitären Forschung, der Wirtschaft und des Wissenschaftsmanagements kommen bei diesen Veranstaltungen mit dem Ziel zusammen, deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den USA untereinander und mit den Wissenschaft- und Forschungsorganisationen in Deutschland zu vernetzen, sie über neue Entwicklungen zu informieren und ihre Rückkehr nach Deutschland zu fördern. So soll dem sogenannten „Brain Drain“ entgegengewirkt werden. Die Delegationsmitglieder präsentierten auf der Tagung die parlamentarisch-bundespolitische Seite im Rahmen von Podiumsdiskussionen und Einzelgesprächen mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den Repräsentanten der Wissenschaftsorganisationen.

Im Dezember 2018 reiste eine Ausschussdelegation in den Großraum Paris, wo es um „Disruptive Innovationen“ und „Künstliche Intelligenz“ ging. Neben Gesprächen mit Vertretern der französischen parlamentarischen Technikfolgenabschätzung und des Forschungsministeriums wurden führende französische Forschungseinrichtungen zur Informatik und der Künstlichen Intelligenz besucht. Einzelgespräche mit französischen Wissenschaftlern rundeten das Programm ab.

Im März 2019 besuchten Mitglieder des Ausschusses im Rahmen der Digitalisierungsdebatte insbesondere in der Bildung die hierin führenden Länder Estland und Lettland. Gespräche mit Wissenschaftlern und Forschungsorganisationen, insbesondere mit Praktikern der dortigen Bildungslandschaft wie Lehrern und Professoren, aber auch mit Schülern und Studenten führten für die Abgeordneten zu einem vertieften Einblick in das in weiten Teilen vorbildliche digitale Konzept beider Länder im Informationszeitalter.

Der von afrikanischer und deutscher Seite gemeinsam erarbeitete Agendaprozess in der Afrika-Strategie 2014 bis 2018, die gegenwärtig für die Zukunft erneuert wird, war Thema einer Delegationsreise im Juli 2019 nach Ghana und Kenia. Umwelt, Bioökonomie, Gesundheit und Ressourcenmanagement und insbesondere die Transformation sowie das Querschnittsthema Innovation waren thematische Schwerpunkte dieser Reise. Treffen mit Hochschulvertretern und Vertretern der Forschung sowie der Bildungsverwaltung zeigten dabei die besondere Wichtigkeit des bildungs- und forschungspolitischen Engagements der Bundesrepublik in ausgewählten Ländern Afrikas vor allem bei der Ausbildung von Mädchen. Die Bundestagsabgeordneten beschäftigten sich zudem mit der insbesondere in Kenia bedeutenden forschungsbasierten Start-Up-Szene und den vielfältigen deutschen-kenianischen Forschungspartnerschaften.

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ein Themenschwerpunkt der Ausschussarbeit im Berichtszeitraum war der Nexus zwischen Klimawandel und Entwicklung. Nachdem der Ausschuss eine Anhörung zum Thema „Welternährung und Klimawandel“ durchgeführt und diverse Experten zu Fragen des Waldschutzes, der Biodiversität, des Wassermanagements und der Agrarökologie angehört hatte, standen entsprechende Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Zentrum einer Delegationsreise nach Peru und Ecuador (Mai 2018). In Peru befasste sich die Delegation vornehmlich mit Fragen zur Sicherung der durch die zunehmende Gletscherschmelze bedrohten Wasserversorgung. In Ecuador wurden Gespräche mit Staatspräsident Lenin Moreno und Umweltminister Tarsicio Granizo über die Amazonas-Initiative zum Schutz des Regenwaldes geführt sowie EZ-Projekte zur nachhaltigen Waldwirtschaft in Augenschein genommen (unter anderem ProCambio und Sozio Bosque). In Lume Woreda in Äthiopien (März 2019) inspizierte eine Ausschussdelegation EZ-Vorhaben zum Sustainable Land Management, die der Entwaldung und Degradation von landwirtschaftlichen Nutzflächen entgegenwirken.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Ausschussarbeit war die Umsetzung von Ziel 3 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Gesundheit und Wohlergehen). In diesem Kontext besichtigte eine Delegation das Nationale Zentrum für Tuberkulose in Tadschikistan (Juni 2019); ergänzend zur Anhörung zum Thema „Stärkung der Rechte der Frauen – Freiwillige Familienplanung in Subsahara-Afrika“ standen in Keren in Eritrea (März 2019) die Klinik für Kinderheilkunde und Geburtshilfe sowie in Usbekistan (Juni 2019) das Perinatalzentrum, das Multiprofil-Kinderkrankenhaus und das Pädiatrische Institut Taschkent auf dem Reiseprogramm.

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss in Aufarbeitung der VN-Konferenz Habitat III mit Fragen der Stadtentwicklung. Entsprechend informierte sich der Ausschuss auf seiner Delegationsreise nach Peru im Mai 2018 über Fortschritte der EZ im Projekt „Urbanität und nachhaltige Stadtentwicklung“ in der Provinzhauptstadt Arequipa. Infrastrukturprojekte des „Beteiligungsorientierten Entwicklungsprogramms in städtischen Armutsgebieten“ standen im Mittelpunkt des Reiseprogramms in Ägypten (Oktober 2018).

Ein Besuch der Camps Zaatari in Jordanien (Oktober 2018) und Cox‘s Bazar in Bangladesch (September 2018) diente dem Ausschuss dazu, sich einen persönlichen Eindruck von der humanitären Situation der dort untergebrachten Flüchtlinge zu verschaffen.

Ausschuss für Tourismus

Der Tourismus in Deutschland und Österreich steht weitgehend identischen Herausforderungen gegenüber wie dem Fachkräftemangel, der Förderung des Tourismus im ländlichen Raum sowie komplexen Förderstrukturen. Der im Jahr 2017 im Rahmen der Internationalen Tourismusbörse in Berlin vereinbarte Informationsaustausch

zwischen dem Tourismusausschuss des österreichischen Nationalrates und dem Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages wurde durch eine Delegationsreise nach Wien Ende Mai 2018 fortgesetzt. Die Abgeordneten hatten bei dem Besuch auch Gelegenheit, sich in einem Gespräch mit der österreichischen Tourismusministerin die Aufgaben und Pläne des neu eingerichteten Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus erläutern zu lassen. Bei einem Treffen mit Vertretern der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank wurden den Abgeordneten Finanzierungsmöglichkeiten erläutert, die den Kapitalmangel bei kleinen und mittleren Tourismusbetrieben beheben können. Die Bank vergibt zinslose Darlehen und ermöglicht einen Zugang zu nicht rückzahlbaren Förderprogrammen.

In der 18. Legislaturperiode hat die Bundesregierung ihre „Afrikapolitischen Leitlinien“ beschlossen. Sie reagierte damit auf den schnellen Wandel in Afrika und auf die zunehmende Bedeutung des Kontinents. Auch die jetzige Bundesregierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zu Afrika. In vielen Ländern Afrikas ist der Tourismus eine wichtige Einnahmequelle. Da Namibia und Deutschland aus historischen Gründen eine besonders enge Partnerschaft verbindet und die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiger Bestandteil der Beziehungen ist, reiste eine Delegation des Ausschusses Ende Oktober 2018 nach Namibia. Die Reise bot den Abgeordneten die Möglichkeit, sich durch Gespräche und Besuche vor Ort, beispielsweise kommunaler Hegegebiete („Conservancies“), über die Entwicklung des Tourismus und Projekte deutscher Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere im Bereich des nachhaltigen Managements natürlicher Ressourcen zu informieren.

Vor dem Hintergrund des Brexit steht die Tourismuswirtschaft in Großbritannien und Irland vor zahlreichen Herausforderungen. Ende April 2019 hatten Ausschussmitglieder in Dublin und London die Gelegenheit, hierzu mit führenden Vertretern der Tourismuswirtschaft Gespräche zu führen. Der Verband Irish Tourism Industry Confederation und die staatlich geförderten Tourismusorganisationen Tourism Ireland und Fáilte Ireland wollen den Tourismus in Irland durch Tourismusstrategien weiter fördern und ausbauen, konnten die längerfristige Tourismusentwicklung vor dem Hintergrund der noch nicht abgeschlossenen Brexit-Verhandlungen jedoch nicht einschätzen. In London führte die Delegation Gespräche mit Vertretern der staatlich geförderten Tourismusorganisation VisitBritain. Diese betonten, dass der wirtschaftliche Beitrag des Einreisetourismus auf rund 26 Milliarden Pfund geschätzt werde. VisitBritain fungiert als Berater für die Regierung um sicherzustellen, dass das Vereinigte Königreich weiterhin als internationales Reiseziel im Wettbewerb bestehen kann.

Ausschuss für Kultur und Medien

Die Aufarbeitung der Vergangenheit und das Gedenken an die Opfer von Diktatur und Gewaltherrschaft bilden ein zentrales Kapitel im Katalog der Zuständigkeiten des Ausschusses für Kultur und Medien. Die einzige Delegationsreise im Berichtszeitraum, die im Juli 2019 stattfand, widmete der Ausschuss daher vorrangig Fragen der Erinnerungskultur. Die Abgeordneten reisten zunächst nach Tallinn in Estland, um sich zu informieren, von welchen konzeptionellen Überlegungen man sich dort leiten lässt, um die Erinnerung an die Opfer von Terror und Repression wachzuhalten. In Sankt Petersburg, der zweiten Reisestation, setzte sich die Ausschussdelegation für die Umsetzung einer Vereinbarung ein, die der deutsche Außenminister Heiko Maas und der russische Außenminister Sergej Lawrow getroffen haben. Vor 75 Jahren beendete die Rote Armee die 872 Tage dauernde Blockade Leningrads (heute Sankt Petersburg) durch die deutsche Wehrmacht, der mehr als eine Million Menschen zum Opfer fielen. Vereinbart wurde zwischen den Außenministern eine humanitäre Geste, die sich an diejenigen richtet, die Kälte, Hunger und Krieg im abgeriegelten Leningrad überlebt haben.

In Berlin pflegte der Ausschuss bei vielen Gelegenheiten internationale Kontakte. So suchte unter anderem der Vorsitzende des für Kultur und Medien zuständigen Ausschusses des bulgarischen Parlaments das Gespräch mit dem Gremium.

Ausschuss Digitale Agenda

Gegenstand der Beratungen des Ausschusses in der 19. Wahlperiode sind vor allem die Digitalisierung und die Entwicklung Deutschlands hin zu einem starken digitalen Standort. Besonderes Anliegen des Ausschusses ist es, in einer globalisierten Welt an den Erfahrungen anderer Länder im Bereich der Digitalisierung partizipieren zu können, weshalb ein enger Austausch mit anderen Parlamenten gepflegt wird.

Im Rahmen einer Delegationsreise im Juni 2018 nach Schweden und Dänemark informierten sich Abgeordnete des Ausschusses über den Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien für Bürger und Unternehmen. Beide Länder setzen auf eine nationale digitale Gesamtstrategie. Während verschiedener Termine

wurden die Themen der digitalen Energiewende, des bargeldlosen Geldverkehrs, der Blockchain-Technologie sowie generell die wirtschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung diskutiert.

Eine weitere Reise führte eine Ausschussdelegation im November 2018 zum „Internet Governance Forum 2018“ nach Paris. Das IGF ist eine internationale Diskussionsplattform, auf der verschiedene Aspekte der Digitalisierung sowie soziale Fragen diskutiert werden. Deutschland wird im November 2019 Gastgeber des IGF sein. Mit der Delegationsreise wollten die Abgeordneten die Bedeutung der Digitalisierung in Deutschland unterstreichen.

Im Februar 2019 reiste eine Delegation des Ausschusses in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und den Oman. Die Digitalisierung wird von den VAE als wichtiger Faktor bei der Diversifizierung ihrer Volkswirtschaft angesehen. Das Land will Vorreiter bei der Einführung digitaler Technologien sein. Eine ähnliche Entwicklung ist im Sultanat Oman zu beobachten. Beide Länder wollen von Ölförderung und Ölexport unabhängig werden. Von den Technologien der Zukunft, die innerhalb des Transformationsprozesses der beiden Länder eine bedeutende Rolle spielen, verschaffte sich die Delegation einen eigenen Eindruck.

Im Berichtszeitraum hatte der Ausschuss wieder eine Reihe von internationalen Delegationen und Gästen zu Gast. Neben dem Vizepräsidenten der EU-Kommission und Kommissar für den digitalen Binnenmarkt, Andrus Ansip, wurden Delegationen aus Südkorea, Norwegen und Indien in Berlin empfangen.

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Die zunehmende Relevanz der Themen „Sozialer Wohnungsbau“ und „Bezahlbares Wohnen“ veranlasste den Ausschuss, im Oktober 2018 mit einer Delegation nach Österreich zu reisen. Wien gilt international als vorbildlich bei der Sicherung und dem konsequenten Ausbau des Wohnraums bei steigenden Einwohnerzahlen. In Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern sowie diversen Interessenvertretern verschafften sich die Delegationsmitglieder einen Eindruck von dem Zusammenspiel der verschiedenen Faktoren, die das Wiener Modell aus Sicht vieler Beobachter so erfolgreich macht.

Das Thema „Smart City“ stand im Fokus einer Delegationsreise des Ausschusses nach Spanien im Juli 2019. Die Stadtverwaltungen von Barcelona, Santander und Bilbao verfolgen mit drei unterschiedlichen Strategien das Ziel, durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologie neue, bessere und kostengünstigere Dienstleistungen für ihre Bürger bereitzustellen. Barcelona legt einen Schwerpunkt auf digitale Beteiligung der Bürger, Datensouveränität und Open-Source-Software. Santander öffnet die Stadt unter Führung der Universität als vernetzte Experimentiereinrichtung für vielfältige Forschung. Bilbao stellt auf Basis der stadteigenen Glasfasernetzinfrastruktur eine wirtschaftlich günstige Plattform für öffentliche Dienstleistungen verschiedenster Art zur Verfügung.

Bei der Delegationsreise nach Japan im September 2019 stand das Thema „Bauen“ im Mittelpunkt des Interesses. Tokio ist einer der größten Ballungsräume der Welt, hier haben politisch Verantwortliche seit Jahrzehnten Erfahrungen mit den daraus resultierenden Chancen und Schwierigkeiten. Die Mitglieder des Ausschusses konnten sich in Tokio Probleme und Lösungsansätze bei der Stadtentwicklungspolitik und Wohnraumversorgung in hoch verdichteten Siedlungsräumen ansehen. Dazu gehörte altersgerechter Stadtumbau ebenso wie Reduzierung von Hitzeinseln, Nachhaltigkeit und Einsatz erneuerbarer Energien, Nachverdichtung, automatisiertes Bauen und Einsatz von Bauwerksdatenmodellierung für das digitale Bauen der Zukunft.

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Zentrale Themen der Delegationsreisen des Ausschusses sowie zahlreicher Gespräche in Berlin mit Abgeordneten und Regierungsvertretern aus EU-Mitgliedstaaten, Kandidatenstaaten und assoziierten Staaten sowie Mitgliedern der Europäischen Kommission waren die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU (Brexit), die Beratungen über die Zukunft der EU und über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sowie die Perspektiven für die Staaten des Westbalkans.

Zum Stand der Brexit-Verhandlungen traf der Ausschuss im April 2018 und Mai 2019 in Berlin EU-Chefunterschiedler Michel Barnier und im Februar 2019 in Brüssel dessen Stellvertreterin. Mitglieder des House of Commons (April 2018) und des House of Lords (September 2019) besuchten den Ausschuss am Sitz des Deutschen Bundestages.

Mit dem Außenminister Irlands beriet der Ausschuss im Juni 2018 über Lösungen für die Grenze auf der irischen Insel und mit dem britischen Innenminister im September 2018 über die Rechte von Bürgern und über Sicherheitszusammenarbeit. Die Fortschrittsberichte und die Westbalkanstrategie der Kommission sowie die regionale Kooperation standen ebenso wie die Justizreform und Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität im Zentrum von Gesprächen bei Reisen in die Region sowie bei den zahlreichen Gegenbesuchen. Bei Gesprächen mit dem Außenminister und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Republik Nordmazedonien in Berlin und anlässlich einer Reise im April 2018 nach Skopje ging es zudem um die Beilegung des Namensstreites mit Griechenland.

Mitglieder des Ausschusses informierten sich in den Hauptstädten des rotierenden Ratsvorsitzes über die jeweiligen Prioritäten. Dazu reisten Delegationen nach Sofia (März 2018), Wien (Juni 2018), Bukarest (Februar 2019) und Helsinki (September 2019). Umgekehrt gab es vorbereitende Besuche unter anderem des finnischen und des kroatischen Parlaments. Themen der halbjährlichen Konferenzen der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (COSAC), an denen Delegationen des Ausschusses teilnahmen, waren unter anderem die Zukunft der EU, der Brexit, die Klimapolitik und der digitale Wandel.

Bei einer Reise nach Stockholm im April 2019 standen die Themen Klimapolitik, regionale Kooperationen und Nachbarschaftspolitik sowie der MFR für die Delegationsmitglieder im Mittelpunkt. Die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz bildeten den Schwerpunkt der Gespräche mit eidgenössischen Parlamentariern im Oktober 2018 und April 2019 in Berlin sowie einer Reise des Ausschusses nach Bern und Zürich im Juni 2019.

Der EU-Ausschuss traf mit den mitwirkungsberechtigten Mitgliedern aus dem Europäischen Parlament und Mitgliedern der Kommission im Februar 2019 zu Beratungen in Brüssel und im März 2019 zu Beratungen in Berlin zusammen. Die engen bilateralen Beziehungen zur EU-Delegation der französischen Nationalversammlung führten zu gemeinsamen Beratungen über die Reformvorschläge zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und für ein gemeinsames europäisches Asylsystem im Juli 2018 in Straßburg. Die EU-Ausschüsse aus Deutschland, Frankreich und Polen berieten anlässlich ihrer Treffen im Format „Weimarer Dreieck“ in Warschau (Oktober 2018) und Berlin (Mai 2019) unter anderem über eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Gestaltung des künftigen EU-Finanzrahmens.

Petitionsausschuss

Mitglieder des Ausschusses empfingen im Berichtszeitraum zahlreiche Delegationen aus dem Ausland, mit denen sie anregende und informative Gespräche führten. Gäste waren unter anderem zwei Delegationen aus der Volksrepublik China, Mitglieder des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik, der türkische Ombudsmann, eine Delegation des Ombudsmanns der Republik Armenien, die stellvertretende Ombudsfrau Georgiens sowie eine Delegation aus dem kenianischen Parlament.

Im Berichtszeitraum unternahm der Petitionsausschuss zudem Delegationsreisen nach Island und Irland (Mai 2018), China und Hongkong (Oktober 2018), in den Libanon und die Türkei (Juni 2019), nach Tunesien und Marokko (Juli 2019) sowie nach Äthiopien und Ruanda (September 2019). Im Mittelpunkt der Reisen standen jeweils Fragen des Petitions- und Ombudswesens. Mitglieder des Ausschusses besuchten zudem die Europäische Ombudsfrau Emily O'Reilly sowie den Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel, um sich über aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene zu informieren.

Der Deutsche Bundestag ist durch den Petitionsausschuss vertreten im Internationalen Ombudsmann-Institut (IOI), im Europäischen Ombudsmann-Institut (EOI) sowie im europäischen Verbindungsnetz der europäischen Bürgerbeauftragten. In diesem Kontext fanden im Berichtszeitraum mehrere Veranstaltungen zu Fragen des Petitions- und Ombudswesens statt, bei denen der Petitionsausschuss unter anderem durch seinen Vorsitzenden vertreten wurde. In Brüssel veranstaltete die Europäische Bürgerbeauftragte im März 2018 und April 2019 Konferenzen des europäischen Verbindungsnetzes der europäischen Bürgerbeauftragten. Hier wurden Debatten zu wichtigen Fragen und Schlüsselproblemen der Europäischen Union und der nationalen Verwaltungen geführt.

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Im Oktober 2018 besuchte eine Delegation des Ausschusses Österreich. Anlass des Besuchs war der Wunsch des Ausschusses, sich auf seinen Arbeitsfeldern Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung mit Abgeordneten des Nationalrats sowie weiteren Experten in Ministerien, Justiz und Wissenschaft auszutauschen. Vor dem Hintergrund der Überlegungen im Bundestag, die Regierungsbefragung und die Fragestunde zu reformieren, war es von besonderem Interesse, mit Mitgliedern des Nationalrats die rechtlichen Regelungen und die praktischen Erfahrungen zur Befragung der Regierung im österreichischen Parlament zu erörtern. Ein weiterer Schwerpunkt war zudem ein Austausch über die Regelungen des Immunitätsrechts für Abgeordnete in Österreich und Deutschland. Vertreter des österreichischen Verfassungsgerichtshofs und des österreichischen Innenministeriums informierten die Delegationsmitglieder über die Ausgestaltung des Wahlrechts und der Wahlprüfung in Österreich. Ziel der Reise war es darüber hinaus, im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft von Österreich in der zweiten Jahreshälfte 2018 die ausgezeichneten deutsch-österreichischen Beziehungen auf der Parlamentsebene weiter zu vertiefen. Die besondere Bedeutung dieser Beziehungen wurde insbesondere im Rahmen eines Gesprächs mit Mitgliedern der bilateralen Gruppe Österreich – Deutschland des Nationalrats hervorgehoben.

4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen

Der Deutsche Bundestag entsendet Abgeordnetendelegationen zu Sitzungen der Interparlamentarischen Union, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU. Neu hinzugekommen ist die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung. Der Bundestagspräsident vertritt den Deutschen Bundestag auf den verschiedenen Parlamentspräsidentenkonferenzen. Der Bundestag ist zudem Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation.

Mit Ausnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die regelmäßig am Sitz der Versammlung in Straßburg tagt, finden die Sitzungen der übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen an unterschiedlichen Orten auf Einladung der jeweiligen Mitgliedsparlamente statt. Sitzungen dieser internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen bzw. ihrer Gremien werden dementsprechend auch in Deutschland abgehalten.

Die Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werden zu Beginn jeder Wahlperiode aufgrund des Gesetzes über die Wahl der deutschen Vertreter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Deutschen Bundestag gewählt. Die Mitglieder der deutschen Delegationen aller übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden von den Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke benannt. In den internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen bzw. deren Gremien haben Mitglieder des Deutschen Bundestages Funktionen übernommen, zum Beispiel als Präsidenten, Vizepräsidenten oder Schatzmeister einer Versammlung sowie als Ausschussvorsitzende, Berichterstatter oder Beauftragte. Die durch die Mitarbeit in den interparlamentarischen Gremien gewonnenen Informationen und Erfahrungen fließen in die parlamentarische Arbeit des Deutschen Bundestages ein. Gleichzeitig werden Parlamentarier anderer Länder mit den unterschiedlichen Meinungen vertraut gemacht, die in Deutschland zu politischen Fragestellungen vertreten werden.

Über die zentralen Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden amtliche Unterrichtungen erstellt und als Bundestagsdrucksachen verteilt. Diese werden in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages beraten, dort zur Kenntnis genommen bzw. gegebenenfalls im Plenum erörtert.

Interparlamentarische Union (IPU)

1889 wurde die IPU gegründet. Seitdem verfolgt sie das Ziel, den Erfahrung- und Meinungsaustausch zwischen Parlamentariern aller Länder zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu fördern. Die IPU will darüber hinaus einen parlamentarischen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zum besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen erbringen.

Der IPU gehören 179 nationale Parlamente sowie zwölf assoziierte parlamentarische Versammlungen an. Seit 2002 hat die IPU einen Beobachterstatus bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Der Deutsche Bundestag ist seit 1951 Mitglied der IPU. Die zu den Versammlungen der IPU entsandte deutsche Delegation besteht aus acht Abgeordneten, die sich in der 19. Wahlperiode entsprechend der Fraktionsgröße im Deutschen Bundestag im Verhältnis 2:2:1:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Delegationsleiter ist Dr. Johann Wapenhul (CDU/CSU).

Die IPU kommt zweimal jährlich zu Versammlungen zusammen, in der Regel in der ersten Jahreshälfte auf Einladung verschiedener Parlamente der Welt, in der zweiten Jahreshälfte in der Regel am Sitz des internationalen Sekretariats in Genf. Zu den zentralen Themen gehören die Förderung der Demokratie, die Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen, die Terrorismusbekämpfung, die Herausforderungen des globalen Klimawandels, die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Zusammenarbeit zwischen der IPU und den Vereinten Nationen.

Im Berichtszeitraum haben Versammlungen in Genf (138. und 139. Versammlung, März und Oktober 2018) und in Doha (140. Versammlung, April 2019) stattgefunden, an denen Abgeordnete des Deutschen Bundestages teilgenommen haben. In den Generaldebatten dieser drei Versammlungen widmeten sich die Abgeordneten dem Migrationspakt der Vereinten Nationen sowie den Themen „Parlamentarische Führung bei der Förderung von Frieden und Entwicklung im Zeitalter von Innovation und technologischem Wandel“ und – im Zusammenhang mit den nachhaltigen Entwicklungszielen – „Parlamente als Plattformen zur Förderung der Bildung für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit“.

Neben den zwei Versammlungen lädt die IPU regelmäßig zu weiteren parlamentarischen Treffen, beispielsweise am Rande von Regierungskonferenzen, ein. So haben im Berichtszeitraum Abgeordnete an dem im November 2017 vom Bundestag und der IPU organisierten parlamentarischen Treffen anlässlich der Klimakonferenz in Bonn teilgenommen. Außerdem nahmen die Abgeordneten an den folgenden IPU-Veranstaltungen teil: Konferenz zu Fragen der Migration in Valletta, Malta; parlamentarisches Treffen anlässlich der WTO-Konferenz in Buenos Aires, Argentinien; parlamentarisches Treffen auf Ebene der G20-Staaten in Buenos Aires, Argentinien; IPU-Seminar zu den nachhaltigen Entwicklungszielen in Jerusalem, Israel; parlamentarisches Treffen in Krakau anlässlich der Klimakonferenz in Kattowitz, Polen; parlamentarische Konferenz zum Migrationspakt der Vereinten Nationen in Rabat, Marokko; internationale Konferenz Junger Parlamentarier in Baku, Aserbaidschan; Parlamentarisches Forum zur 2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung in Beirut, Libanon; parlamentarische Anhörung bei den Vereinten Nationen, New York, USA.

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments – ASGP), die das Ziel hat, den Austausch zwischen den Parlamentsverwaltungen zu stärken. Der Deutsche Bundestag ist in der ASGP durch den Direktor beim Deutschen Bundestag vertreten.

Parlamentarische Versammlung des Europarates (PVER)

Der Europarat beging im Berichtszeitraum den 70. Jahrestag seiner Gründung am 5. Mai 1949. Ihm gehören heute 47 Mitgliedstaaten an, darunter alle Mitgliedsländer der EU. 1951 erhielt Deutschland die Vollmitgliedschaft. Sitz des Europarates ist Straßburg. Seine Organe sind das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung (PVER), die sich aus 324 Abgeordneten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten zusammensetzt und viermal jährlich im Plenum tagt.

Ziele des Europarates sind der Schutz und die Stärkung der pluralistischen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Dazu entwickelt er Normen und Standards und unterstützt die sie ratifizierenden Mitgliedstaaten bei deren Umsetzung. Für alle Mitgliedstaaten verpflichtend ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) urteilt bei Beschwerden über Verletzungen der Konvention, die von den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten nach Abschluss des nationalen Rechtswegs geltend gemacht werden können. Die Richter am EGMR werden von der PVER gewählt.

Der Deutsche Bundestag wählt 18 ordentliche Mitglieder in die PVER, die sich in der 19. Wahlperiode nach dem Schlüssel 6:4:2:2:2:2 auf die Fraktionen verteilen. Die deutsche Delegation stellt mit ihrem Leiter, Dr. Andreas Nick (CDU/CSU), einen der Vizepräsidenten der PVER. Stellvertretender Delegationsleiter ist Frank Schwabe (SPD). Er ist auch Vorsitzender der Fraktion der Sozialisten, Demokraten und Grünen, der zweitstärksten Fraktion in der PVER.

Mitglieder der deutschen Delegation werden regelmäßig von den Fachausschüssen der PVER zu Berichterstattern über menschenrechtliche, rechtsstaatliche oder andere mit dem Europarat zusammenhängende politische Fragen mandatiert. So beauftragte der Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit der Ausarbeitung eines Berichts über Gefahren des digitalen Zeitalters für die Demokratie sowie Konstantin Kuhle (FDP) mit einem Bericht zur Finanzierung von politischen Parteien aus dem Ausland. Die Berichterstatter bereiten Entschließungs- beziehungsweise Empfehlungsentwürfe zur Verabschiedung durch die PVER vor, die an die Parlamente der Mitgliedstaaten beziehungsweise an das Ministerkomitee des Europarates gerichtet sind. Sie unternehmen Berichterstatterreisen, um sich Informationen zu beschaffen und Gespräche mit Regierungsmitgliedern, unabhängigen Experten und nichtstaatlichen Organisationen zu führen. Bis zu dreimal jährlich finden Sitzungen des Ständigen Ausschusses der PVER und etwa alle sechs Wochen Sitzungen der Fachausschüsse in Straßburg und Paris sowie in den Mitgliedstaaten des Europarates statt, die der Beratung der Berichte dienen.

Im Berichtszeitraum waren Schwerpunkte der Beratungen der PVER das Verhältnis Russlands zum Europarat, die Situation in Libyen, Syrien und der Türkei und die Auswirkungen auf Europa sowie eine breite Palette menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Themen, wie Migration und Integration, Diskriminierung und Gleichstellung, Medienfreiheit und Schutz von Journalisten vor Gewalt, Korruption und Manipulation im Sport sowie die Rolle der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen. Hinzu kam die regelmäßige Befassung mit der rechtsstaatlichen und demokratischen Entwicklung in denjenigen Mitgliedstaaten, die vom Monitoringausschuss der PVER auf die Einhaltung der gemeinsam beschlossenen Standards hin besonders überprüft werden.

Nach der Veröffentlichung des Berichts eines unabhängigen Untersuchungsgremiums (IBAC) zu insbesondere von Aserbaidschan ausgehenden Lobbying-Aktivitäten setzte die PVER die Aufarbeitung der Korruptionsvorwürfe fort. Wegen Verstößen gegen ethische Standards wurden mehrere ehemalige Mitglieder der PVER mit einem Zutrittsverbot belegt, darunter auch Karin Strenz (CDU/CSU). Die PVER-Mitglieder müssen nun eine Erklärung veröffentlichungspflichtiger Angaben, darunter die beruflichen Einkünfte, Mitgliedschaften in Interessengruppen und von Dritten bezahlte Reisen, auf der Webseite der PVER einstellen.

Die PVER führt Wahlbeobachtungen durch, an denen regelmäßig auch Mitglieder der deutschen Delegation teilnehmen. Andrej Hunko (DIE LINKE.) leitete die Beobachtungsmission der PVER anlässlich der Präsidentschaftswahlen 2018 in Georgien.

Die PVER traf im Berichtszeitraum wichtige Personalentscheidungen und wählte die bisherige Medienbeauftragte der OSZE, Dunja Mijatović (Bosnien und Herzegowina), zur Menschenrechtskommissarin des Europarates sowie die kroatische Außenministerin Marija Pejčinović Burić zur Generalsekretärin des Europarates.

Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV)

Die 1955 gegründete Nordatlantikversammlung (NAV), später umbenannt in Parlamentarische Versammlung der NATO, bietet nach dem geplanten Beitritt der Republik Nordmazedonien 269 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus dann 30 Bündnisländern ein Forum zur Beratung sicherheitspolitischer Themen. Die Versammlung versteht sich als Bindeglied zwischen dem Nordatlantikrat und den Mitgliedsparlamenten und berät neben sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen auch Themen aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft und Technik. Durch ihre Aussprachen fördert sie die Entwicklung eines transatlantischen Solidaritätsgefühls und trägt zur Verwirklichung der Ziele und Werte des Atlantischen Bündnisses bei. Die nationalen Delegationen bilden in ihrer Zusammensetzung die politischen Gewichte ihrer jeweiligen nationalen Parlamente ab, die Mitglieder werden nach einem für das jeweilige Land geeignete Verfahren ausgewählt, wobei die Delegationen aufgefordert werden, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen anzustreben. Die Delegationsstärke richtet sich unter anderem nach der Bevölkerungsgröße des jeweiligen Mitgliedstaates. An den Beratungen nehmen ferner Delegierte aus elf Staaten mit einem assoziierten Status, aus vier regionalen Partnerländern und assoziierten Mitgliedsländern aus dem Mittelmeerraum sowie aus acht parlamentarischen Beobachterdelegationen teil. Das Europäische Parlament kann bis zu zehn Mitglieder entsenden.

Die deutsche Delegation in der NATO PV setzt sich aus zwölf ordentlichen Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die sich in der 19. Wahlperiode nach dem Schlüssel 4:3:2:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen, sowie sechs Mitgliedern des Bundesrates zusammen. Deutsche Abgeordnete üben in verschiedenen Gremien herausgehobene

Funktionen aus. Seit Oktober 2017 ist Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU) Vorsitzender des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ und der vom Präsidium der Versammlung eingesetzten Arbeitsgruppe „Kommunikation und Bildung über die NATO“.

Die Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD) berichtet seit 2012 als General- oder Sonderberichterstatteerin dem Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit jährlich zu verschiedenen Themen: 2018 als Generalberichterstatteerin zum Thema „Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten im Schwarzmeerraum“ und 2019 anlässlich des 70. Jahrestages der NATO-Gründung über die Bekräftigung der Werte des Bündnisses. Wolfgang Hellmich unterrichtete als Sonderberichterstatteer des Verteidigungsausschusses von 2016 bis 2018 über die Situation in Afghanistan.

Auf Einladung eines Parlaments eines Mitglied- oder assoziierten Staates tritt die Versammlung jährlich zweimal – im Frühjahr und im Herbst – zu einer Plenartagung zusammen. Die fünf Fachausschüsse der Versammlung – der Politische Ausschuss, der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit, der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit, der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit sowie der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie – tagen drei- bis viermal jährlich. Die Ausschüsse erarbeiten auf der Grundlage eines durch die Versammlung festgelegten Arbeitsprogramms Berichte und Entschlüsse zu bündnispolitischen Themen, die in der Jahrestagung im Herbst verabschiedet werden. Die Entschlüsse richten sich an die Regierungen und Parlamente der NATO-Mitgliedstaaten sowie an den Nordatlantikrat. Der NATO-Generalsekretär erstattet der Versammlung regelmäßig Bericht und tauscht sich mit den Versammlungsmitgliedern während der Jahrestagung aus. Tagungsorte waren im Oktober 2017 Bukarest, im Mai 2018 Warschau, im November 2018 Halifax, im Mai/Juni 2019 Bratislava.

Seit 2000 bietet das „Parlamentarische Transatlantische Forum“ den Mitgliedern Gelegenheit, sich mit Repräsentanten des US-Kongresses, Expertinnen und Experten aus Denkfabriken und Regierungsvertretern über aktuelle sicherheitspolitische und das transatlantische Verhältnis betreffende Fragen auszutauschen. Das jährliche Forum findet in Washington D.C. statt und wird in Zusammenarbeit mit dem Atlantikrat der Vereinigten Staaten und der National Defense University organisiert.

Im Berichtszeitraum waren thematische Schwerpunkte die angespannten Beziehungen zu Russland, der Umgang mit China, die Frage der gerechten Lastenteilung im Bündnis beziehungsweise das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Auswirkungen des Klimawandels, der Umgang mit Cyberangriffen, hybride Kriegsführung, Migration, Trends des Populismus und Autoritarismus sowie die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO, wie beispielsweise Montenegro und die Republik Nordmazedonien.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV)

Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges beschlossen die Staats- und Regierungschefs mit der Charta von Paris (1990), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine parlamentarische Versammlung hinzuzufügen. In der Erklärung von Madrid (1991) wurden die Grundzüge der Geschäftsordnung, die Arbeitsmethoden, die Größe (zurzeit 323 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 57 OSZE-Teilnehmerstaaten), das Mandat und die Stimmenverteilung festgelegt. Die OSZE PV hat sich zur Aufgabe gemacht, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen, an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken und Mechanismen zur Konfliktverhütung und -bewältigung zu entwickeln. Der Deutsche Bundestag ist von Beginn an Mitglied und entsendet 13 Abgeordnete, die sich in der 19. Wahlperiode im Verhältnis 5:3:2:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Leiterin der deutschen Delegation ist Doris Barnett (SPD). Sie ist zudem seit Juli 2015 Schatzmeisterin der OSZE PV.

Die Jahrestagungen der OSZE PV finden abwechselnd auf Einladung des gastgebenden Parlaments in einem Teilnehmerstaat statt. Im Berichtszeitraum waren dies jeweils im Juli die Tagungen in Berlin (2018) und Luxemburg (2019). Seit 2001 hält die Versammlung eine jährliche Wintertagung in Wien ab, die insbesondere dem Gedankenaustausch mit den Vertretern der Regierungen bei der OSZE dient. Eine weitere Tagung, die neben der Sitzung des Ständigen Ausschusses das „Forum Mittelmeer“ umfasst, findet jährlich im Herbst statt. Im Berichtszeitraum fanden die Tagungen im Fürstentum Andorra (2017) und im kirgisischen Bischkek (2018) statt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der OSZE PV ist die Wahlbeobachtung. Sie gehört zu den Kerninstrumenten der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Wahlbeobachtungsmissionen leisten einen wichtigen Beitrag, um das öffentliche Vertrauen in den Wahlprozess zu stärken und etwaige Unregelmäßigkeiten offenzulegen. Regelmäßig nehmen Abgeordnete des Deutschen Bundestages an den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE PV teil, so im Berichtszeitraum an der Beobachtung der Wahlen in der Türkei, Aserbaidschan, der Russischen Föderation, Italien, Armenien, den USA, Georgien, Bosnien und Herzegowina, Moldau, Ukraine und Kasachstan.

Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie verfolgt das Ziel, die gemeinsame Identität der Staaten des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Die BSPC soll politische Aktivitäten in der Region initiieren und leiten, die demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten unterstützen und stärken sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaften verbessern.

Jedes Mitgliedsparlament kann bis zu fünf Delegierte stellen. Der fünfköpfigen Delegation des Deutschen Bundestages gehören in der 19. Wahlperiode als ordentliche Mitglieder neben dem Delegationsleiter Johannes Schraps (SPD) zwei Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion sowie jeweils ein Abgeordneter der AfD- und der FDP-Fraktion an. Die jährliche Plenarversammlung findet seit 1991 abwechselnd auf Einladung eines der Mitgliedsparlamente statt, zu denen auch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen gehören. Zudem tritt drei- bis viermal im Jahr das Lenkungsorgan der Konferenz, der Ständige Ausschuss, zusammen, in dem der Deutsche Bundestag durch Johannes Schraps (SPD) vertreten ist.

Seit 2005 richtet die Konferenz Arbeitsgruppen ein, die die Funktion von Ausschüssen wahrnehmen. Sie konzentrieren sich in der Regel zwei Jahre lang auf spezielle Themen. Mit den entsprechenden Abschlussberichten und den darin enthaltenen Empfehlungen beschäftigen sich die Abgeordneten auf ihren Jahrestagungen. Seit 2017 befasst sich die aktuelle Arbeitsgruppe mit dem Thema „Migration und Integration“. Ihr Mandat ist um ein Jahr auf drei Jahre verlängert worden.

Im Berichtszeitraum fand im August 2018 die 27. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn auf den Åland-Inseln statt. Das Generalthema der Konferenz lautete „Die Ostsee – unsere Lebenslinie. Zusammenarbeit, Nachhaltigkeit und intelligente Energie“. Konkret ging es darum, die von den Vereinten Nationen ausgerufene „Dekade der Meeresforschung für Nachhaltige Entwicklung“ von 2021 bis 2030 vorzubereiten und mitzugestalten, um so das Ziel eines „Ocean we need for the future we want“ zu erreichen, wie es in der einstimmig verabschiedeten Resolution gefordert wird. Im August 2019 fand die 28. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz in der norwegischen Hauptstadt Oslo statt. Im Mittelpunkt standen die Themen „Die Zukunft des Arbeitslebens“ und „Schutzmaßnahmen für die Ozeane“.

Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM)

Die parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) wurde 2004 zur parlamentarischen Begleitung der Nachbarschaftspolitik der EU mit den südlichen Mittelmeeranrainern gegründet und begleitet die Arbeit der 2008 zur Stärkung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum errichteten Union für den Mittelmeerraum (UfM). 2018 beschloss die Versammlung die Einrichtung eines ständigen Sekretariats mit Sitz in Rom. Der Versammlung gehören 280 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament, vier nördlichen Mittelmeeranrainerstaaten, die nicht Mitglied der EU sind, zehn südlichen Mittelmeeranrainerstaaten, darunter Türkei, Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko, Jordanien, Israel und den Palästinensischen Gebieten sowie aus Mauretanien an.

Die deutsche Delegation in der PV-UfM besteht aus drei ordentlichen Mitgliedern, die sich in der 19. Wahlperiode im Verhältnis 1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Sie wird von dem Abgeordneten Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) geleitet. Die Delegierten erarbeiten während der jährlichen Plenartagung Berichte zu aktuellen Themen und verabschieden Empfehlungen, die sich an die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum richten. Während der Jahrestagung informiert der Generalsekretär der UfM über deren Vorhaben und Projekte. Die Plenartagungen finden in dem Mitgliedsland statt, dessen Parlament die jährlich rotierende Präsidentschaft in der PV-UfM innehat. Die Versammlung tagte im Mai 2018 in Kairo und im Februar

2019 in Straßburg. Im März 2019 empfing die deutsche Delegation den Generalsekretär der UfM, Nasser Kamel, zu einem Gespräch in Berlin.

Die Versammlung setzt sich für ein verbessertes Verständnis und eine engere Zusammenarbeit im Mittelmeerraum ein. Die fünf Fachausschüsse der Versammlung haben 2018 die Möglichkeiten zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, eine verbesserte Integration der von sozialer Ausgrenzung betroffenen Jugendlichen, den Zugang von Flüchtlingen, insbesondere von Frauen und Jugendlichen, zur Bildung sowie die Rolle von Frauen bei der Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus und des Terrorismus beraten. In 2019 lag der Schwerpunkt auf dem Thema Migration. Die Delegierten erörterten Fragen zur Integration von Flüchtlingen, zur Eindämmung von Fluchtursachen, zur Situation in den Transit- und Aufnahmeländern, zu den Bemühungen einer Kontrolle der Flüchtlingsströme und zur Bekämpfung von Menschen-smugglern.

Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP)

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments „im Geiste der neuen parlamentarischen Dimension des Vertrags von Lissabon“ eingesetzt. Diese sieht vor, dass die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament gemeinsam über die Politikfelder beraten, die in der Europäischen Union zur intergouvernementalen Zusammenarbeit und nicht zu den vergemeinschafteten Politikbereichen gehören. Die IPC GASP/GSVP hat dementsprechend keine eigenen Entscheidungskompetenzen in der Außen-, Sicherheits- oder Verteidigungspolitik, sondern bietet ein Forum für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen nationalen und europäischen Abgeordneten. Die Konferenz tagt zweimal jährlich in einem Mitgliedstaat der EU. Während der Konferenzen tauschen sich die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohen Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der EU-Exekutive aus. Die Konferenz kann im Anschluss an ihre Beratungen Schlussfolgerungen verabschieden. Während der vier letzten Tagungen in Sofia (Februar 2018), Wien (Oktober 2018), Bukarest (März 2018) und Helsinki (September 2018) standen der Ausbau der militärischen Fähigkeiten der EU sowie die Stärkung der zivilen und militärischen Kapazitäten für die GSVP auf der Tagesordnung. Ferner diskutierten die Abgeordneten über die Partnerschaft der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarländern sowie über die Einbindung des Westbalkans.

Für den Deutschen Bundestag können bis zu sechs Abgeordnete an der Konferenz teilnehmen, die sich in der 19. Wahlperiode im Verhältnis 2:1:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Leiter der deutschen Delegation ist Dietmar Nietan (SPD).

Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz)

Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) sieht eine interparlamentarische Konferenz vor, in deren Rahmen Vertreter der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments (EP) und der nationalen Parlamente die von diesem Vertrag erfassten Angelegenheiten diskutieren. Gemäß ihrer Geschäftsordnung von November 2015 bietet die zweimal jährlich tagende Konferenz einen Rahmen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags. Darüber hinaus dient sie der Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der Europäischen Union und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), unter Berücksichtigung der sozialen Dimension.

Jeweils im Frühjahr findet die Konferenz im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP in Brüssel sowie im Herbst in demjenigen Land statt, das im zweiten Halbjahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat. Einen festen Programmpunkt auf den Frühjahrskonferenzen in Brüssel stellt das Europäische Semester dar. Weitere regelmäßige Themen der SWKS-Konferenz waren die Förderung von Investitionen, die Anpassung des europäischen Regelwerks zur Fiskalpolitik sowie die Verhinderung von Steuervermeidung und Steuerflucht. Darüber hinaus befasste sich die Konferenz auf der zwölften Tagung in Brüssel (2019) mit der Zukunft des Euro und auf der elften Tagung in Wien (2018) mit der Auswirkung der Digitalisierung auf die Beschäftigung.

Sowohl auf der zehnten Tagung in Brüssel (2018) als auch auf der neunten Tagung in Tallinn (2017) bildete der nächste Mehrjährige Finanzrahmen 2021 – 2027 einen inhaltlichen Beratungsgegenstand.

Die Delegation des Deutschen Bundestages umfasst in der 19. Wahlperiode neun Abgeordnete, darunter angesichts der Querschnittsaufgabe der Konferenz Mitglieder des Haushaltsausschusses, des Finanzausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Sie wird von Dr. André Berghegger (CDU/CSU) geleitet. Der Bundesrat begleitet die Konferenzen als Teil der deutschen Delegation mit zwei Delegierten.

Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung

Am 22. Januar 2018, dem 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Élysée-Vertrag), setzten der Deutsche Bundestag und die französische Assemblée nationale eine deutsch-französische Arbeitsgruppe (DFAG) ein und beauftragten diese, ein Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen (DFPA) zu entwerfen. Am 14. November 2018 überreichte die Arbeitsgruppe den Präsidenten beider Parlamente in Paris den Entwurf des Abkommens. Am 11. März 2019 nahm die Assemblée nationale, am 20. März 2019 der Deutsche Bundestag das Abkommen an.

Herzstück des DFPA ist die in seinem ersten Artikel vorgesehene Gründung einer Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV). Diese besteht aus je fünfzig Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale (Artikel 2 DFPA) und tagt unter Leitung der Präsidenten des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale (Artikel 4 DFPA) mindestens zweimal pro Jahr abwechselnd in Deutschland und Frankreich (Artikel 5 DFPA). Die DFPV hat gemäß Artikel 6 DFPA folgende Zuständigkeiten: Sie wacht über die Anwendung der Bestimmungen des Élysée-Vertrags vom 22. Januar 1963 und des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration vom 22. Januar 1919 (Vertrag von Aachen) sowie über die Umsetzung und Evaluierung der auf diesen Verträgen beruhenden Projekte. Darüber hinaus begleitet sie die Deutsch-Französischen Ministerräte, die Arbeit des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats sowie die internationalen und europäischen Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse. Schließlich formuliert sie Vorschläge zu Fragen, die die deutsch-französischen Beziehungen betreffen, mit dem Ziel, eine Konvergenz des deutschen und französischen Rechts anzustreben.

Thematischer Schwerpunkt der ersten beiden Sitzungen der DFPV war die Begleitung der Ratifizierung des Vertrags von Aachen. Zu diesem Zweck wurden die zuständigen Vertreter der deutschen und der französischen Regierung zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen befragt, in der ersten Sitzung der Staatsminister für europäische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt und Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Michael Roth, und die Ministerin für europäische Angelegenheiten beim Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten, Nathalie Loiseau, in der zweiten Sitzung der Bundesminister des Auswärtigen, Heiko Maas, und die Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten beim Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten und Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Amélie de Montchalin. In ihrer zweiten Sitzung verabschiedete die DFPV zudem einen Vorschlag für eine Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale mit dem Titel „Eine dynamische und zukunftsorientierte deutsch-französische Freundschaft im Dienste Europas – Für eine zügige und ambitionierte Umsetzung des Vertrags von Aachen“. Auf Grundlage dieses Vorschlags verabschiedeten der Deutsche Bundestag am 26. September 2019 und die Assemblée nationale am 3. Oktober 2019 inhaltsgleiche Entschließungen.

Parlamentspräsidentenkonferenzen

Auf Ebene der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten haben sich vier institutionalisierte Konferenzen etabliert: Jährlich treffen sich die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der EU-Mitgliedstaaten (EU-PPK) und die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der G7-Staaten (G7-PPK). Die 47 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der Mitgliedstaaten des Europarates (ER-PPK) kommen in der Regel alle zwei Jahre zum Meinungs- und Informationsaustausch zusammen. An diesen Konferenzen nimmt auch der Präsident des Europäischen Parlaments teil. Seit dem Jahr 2000 finden zudem alle fünf Jahre Weltparlamentspräsidentenkonferenzen statt.

Neben der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik war die Zukunft der Europäischen Union Thema der EU-PPK, die im April 2018 in Tallin stattfand. Dabei bekräftigte Bundestagspräsident Dr. Schäuble, dass Europa angesichts der komplexen Bedrohungslage in der globalisierten Welt mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen müsse. Den hohen Erwartungen stünden jedoch eine relative Machtlosigkeit der EU-Institutionen und eine mangelnde Bereitschaft der Mitgliedstaaten gegenüber, nationale Souveränität zu teilen. Bundestagspräsident Dr. Schäuble forderte eine verstärkte Zusammenarbeit der Parlamente und hob beispielhaft die parlamentarische Begleitung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (PESCO) sowie die enge Kooperation zwischen dem Deutschen Bundestag und der französischen Nationalversammlung hervor.

Die im September 2018 in Ankara geplante ER-PPK wurde aufgrund der vorgezogenen Wahlen in der Türkei verschoben und soll im Oktober 2019 in Straßburg stattfinden.

Die Themen parlamentarische Kontrolle und nationale Sicherheit sowie die Abwehr von Cyberangriffen und Manipulationsversuchen durch Desinformationskampagnen diskutierten die G7-Parlamentspräsidenten Anfang September 2018 in Halifax. Der Bundestagspräsident betonte, die Entwicklung fordere die Exekutive mit ihren Sicherheitsbehörden, habe aber auch Auswirkungen auf die parlamentarische Kontrolle. Deshalb bedürfe es des Erfahrungs- und Informationsaustauschs der Parlamente untereinander.

Die europäische Nachbarschaftspolitik und die bevorstehende Europawahl waren die beiden Schwerpunktthemen der EU-PPK, die im April 2019 in Wien stattfand. Bundestagspräsident Dr. Schäuble hob hervor, um in Europa voranzukommen, insbesondere bei der gemeinsamen Rüstungs- und Verteidigungspolitik, müssten nationale Selbstblockaden überwunden werden und jeder bereit sein, seine eigenen Positionen zu überprüfen und sich zu bewegen. In der Abschlusserklärung betonten die Parlamentspräsidenten, dass es trotz aller Herausforderungen innerhalb der EU notwendig sei, die Beziehungen zu den Nachbarländern und Fragen künftiger Erweiterungen nicht aus dem Blick zu verlieren. Mit Blick auf den Austritt Großbritanniens aus der EU brachten die Parlamentspräsidenten ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass eine Verhandlungslösung gefunden werde.

Anlässlich der G7-PPK, zu der der französische Parlamentspräsident im September 2019 nach Brest eingeladen hatte, befassten sich die Parlamentspräsidenten mit der Aufgabe der nationalen Parlamente beim Schutz des Ozeans. Erstmals wurde in diesem Konferenzformat eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Die G7-Parlamentspräsidenten unterstrichen die wesentliche Rolle der Parlamente bei der Bewältigung der drängenden Umwelt- und Klimafragen und bekannten sich zur Verantwortung, verstärkt zusammenzuarbeiten. Bundestagspräsident Dr. Schäuble begrüßte, dass die Entschlossenheit weltweit wachse, die Herausforderung in Angriff zu nehmen.

5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche

Der Deutsche Bundestag unterhält internationale Beziehungen auch durch seine aus Abgeordneten bestehenden Parlamentariergruppen, die in Verbindung mit einem oder mehreren Staaten stehen. In der 19. Wahlperiode sind 47 Parlamentariergruppen eingesetzt worden, 23 bilaterale und 24 multilaterale.

Die Reisen und Besuche im Rahmen der Parlamentariergruppen dienen dem kontinuierlichen Kontakt zu Abgeordneten der Partnerstaaten und dem fortlaufenden Dialog über die für sie wichtigen und politisch aktuellen Themen. Daneben treffen sich die Abgeordneten der Parlamentariergruppen mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Medien, um über die politische und gesellschaftliche Lage in den Partnerstaaten informiert zu sein. Durch ihre besondere Sachkenntnis über den Partnerstaat beziehungsweise die Partnerregion sind die Parlamentariergruppen ein Ansprechpartner für ausländische Besuchsdelegationen mit unterschiedlichsten Interessen und Zielsetzungen.

Im Folgenden wird eine Kurzübersicht über die Reisen und Gegenbesuche der Parlamentariergruppen in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Trotz vielfältiger anderweitiger Aktivitäten sind einige Parlamentariergruppen nicht genannt, da deren Reisen oder Gegenbesuche durch ausländische Delegationen erst in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode stattfinden werden.

Parlamentariergruppe Anden-Staaten

(Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela)

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Juli 2019 nach Peru und Kolumbien diente in erster Linie dazu, sich vor Ort ein Bild von der innenpolitischen Entwicklung der Region zu machen. In Peru ging es vor allem um die aktuelle Diskussion über eine anstehende Reform der Verfassung. In Kolumbien drehte sich ein Großteil

der Gesprächstermine der Abgeordneten um die Überwindung des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts in dem Land sowie die Anstrengungen von Regierung und Zivilgesellschaft, die früheren Kombattanten zu integrieren. Damit will man nicht nur ihnen, sondern dem Land insgesamt eine neue Zukunftsperspektive geben. Auch die Herausforderungen hinsichtlich einer Übergangsjustiz waren Gegenstand der von der Delegation geführten Gespräche. Wiederholt haben Nichtregierungsorganisationen bei Treffen mit der Parlamentariergruppe in Berlin darauf hingewiesen, dass der Friedensprozess von anhaltend großer Gewalt überschattet wird, die sich hauptsächlich gegen Friedensaktivisten richtet. In beiden während der Delegationsreise besuchten Ländern wurde außerdem deutlich, wie wichtig der Schutz der Umwelt ist, insbesondere im Hinblick auf den Artenreichtum in der Amazonasregion. Dabei ging es auch um die Frage der Verantwortung eines Landes wie Deutschland im Rahmen seines entwicklungspolitischen Engagements, zu dem auch die Förderung nachhaltiger land- und forstwirtschaftlicher Methoden gehört.

Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens

(Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Arbeitsgruppe Palästinensische Gebiete)

Im Berichtszeitraum waren die Auswirkungen des Syrien-Konflikts und der politischen Veränderungen in den arabischen Staaten sowie die Aktivitäten der Terrororganisation „Islamischer Staat“ weiterhin Themen, mit denen sich die Mitglieder dieser Parlamentariergruppe intensiv beschäftigten. Ziel einer Delegationsreise in den Libanon, nach Jordanien und in die Palästinensischen Gebiete im April 2019 war es, sich über die aktuelle Lage der besuchten Länder im Rahmen von Gesprächen mit Vertretern der nationalen Volksvertretungen sowie mit Repräsentanten der Regierungen und der Zivilgesellschaften zu informieren. Im Libanon besuchte die Delegation eine Flüchtlingsfamilie in Beirut, um die Situation der syrischen Flüchtlinge kennenzulernen. In dem Gespräch wurde von der Familie insbesondere kritisiert, dass die Wohnsituation und die medizinische Versorgung unzureichend seien und die Kinder nur nachmittags die Schule besuchen könnten. Diese Umstände führten dazu, dass eine kindgerechte Entwicklung nur sehr eingeschränkt möglich sei. In Ramallah und Hebron stand in den Gesprächen der Bundestagsabgeordneten die Frage der Anerkennung eines Staates Palästina durch die internationale Gemeinschaft im Vordergrund. In Hebron konnte sich die Delegation darüber hinaus einen intensiven Eindruck von der Situation des Zusammenlebens zwischen israelischen Siedlern einerseits und der palästinensischen Bevölkerung andererseits verschaffen.

Parlamentariergruppe ASEAN

(Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam)

Im Berichtszeitraum besuchten Mitglieder der Parlamentariergruppe Ende Februar/Anfang März 2019 ihre Partnerländer Singapur, Indonesien und Malaysia. Die Delegation hatte die Gelegenheit, sich in den drei Ländern mit unterschiedlichsten Gesprächspartnern aus den Parlamenten und Regierungen sowie von Außenhandelskammern, mehreren Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen über aktuelle politische Vorhaben, außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen, wirtschaftspolitische und soziale Belange sowie Maßnahmen zum Klimaschutz und Artenschutz auszutauschen. Hierzu gehörte auch die weitere Kooperation im Verband der ASEAN und dessen Zusammenarbeit mit der EU sowie die besondere Lage im Südchinesischen Meer. Die Abgeordneten interessierten sich insbesondere für die Lage von Minderheiten in den besuchten Ländern und den Umgang der jeweiligen Gesellschaften mit Fragen des Natur- und Tierschutzes, etwa beim Schutz des Regenwalds oder beim Plantagenanbau von Ölpalmen. Alle Gesprächspartner betonten die jeweils lange und freundschaftliche Beziehung zu Deutschland und bekräftigten die Hoffnung auf eine noch stärkere Zusammenarbeit.

Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe

(Estland, Lettland, Litauen)

Im September 2019 besuchte eine Delegation der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe Lettland und Litauen. Die Delegationsreise diente primär dem bilateralen parlamentarischen Austausch. Entsprechend der sehr guten Beziehung zu den baltischen Staaten wurde die Delegation des Deutschen Bundestages sowohl von parlamentarischer Seite als auch auf Regierungsebene durchweg hochrangig empfangen. Wesentliche Gesprächsthemen waren in beiden Ländern die wirtschaftliche Lage sowie das Thema Sicherheit. Dies ergibt sich durch die Nähe zu Russland und die gestärkte Rolle der NATO in der Region, was öfter zu Verstimmungen mit dem großen Nach-

barn führt. In Lettland waren die Abgeordneten zu Gast im NATO Stracom Centre of Excellence, in Litauen besuchte die Delegation die deutschen NATO-Streitkräfte in Rukla. Insbesondere in Lettland spielte die Situation der russischsprachigen Minderheiten eine Rolle in vielen Gesprächen.

Deutsch-Belarussische Parlamentariergruppe

Vor dem Hintergrund der Wiederaufnahme von parlamentarischen Beziehungen in der vergangenen Wahlperiode und anknüpfend an eine Delegationsreise der Deutsch-Belarussischen Parlamentariergruppe im Oktober 2016 nach Minsk besuchte eine belarussische Parlamentarierdelegation im November 2018 Deutschland. Am Sitz des Deutschen Bundestages in Berlin und in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt trafen die belarussischen Abgeordneten mit Mitgliedern des Bundestages, Ansprechpartnern auf Seiten der Bundesregierung sowie Thüringens zusammen, um über humanitäre, wirtschaftspolitische, umweltpolitische sowie kommunale Themen ins Gespräch zu kommen. Die Gäste unterstrichen mehrfach die Symbolkraft der vergangenen Besuche von hochrangigen Vertretern der Bundesrepublik Deutschland in Belarus und warben für eine vertiefte, zukunftsorientierte Zusammenarbeit. Die Delegation aus Belarus verließ ihrem Wunsch Ausdruck, dauerhafte Beziehungen durch einen politischen und wirtschaftlichen Dialog zu verstärken und einen regelmäßigeren interparlamentarischen Austausch zwischen Deutschland und Belarus zu etablieren. Die Gäste betonten, dass die Republik Belarus ihre Rolle als politische Plattform vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts sehr ernst nehme, dennoch auch den Weg zu einer wirtschaftlichen Plattform ansteuere. Belarus befinde sich in einem durchaus aktiven Integrationsprozess mit der Eurasischen Wirtschaftsunion und sei an einer Weiterentwicklung des Dialoges sowie an einer europäischen Integration sehr interessiert.

Parlamentariergruppe BENELUX

(Belgien, Niederlande, Luxemburg)

Eine Delegationsreise dieser Parlamentariergruppe im Februar 2019 in die niederländischen Städte Enschede, Den Haag und Rotterdam erfolgte insbesondere mit Blick auf den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Vor diesem Hintergrund führten die Bundestagsabgeordneten in Enschede ein gemeinsames Gespräch mit der Niederländischen und der Deutschen Bahn zum nötigen Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur. Außerdem informierte sich die Delegation bei Besuchen der Universität Twente und des Grenzinformationspunkts Gronau über aktuelle Themen in der bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Zusammenarbeit. Zusätzlich zu den bilateralen grenzüberschreitenden Themen wurden in den Gesprächen im Parlament in Den Haag auch außen- und europapolitische Fragen von den Abgeordneten diskutiert. Die wirtschaftlichen Verflechtungen beider Länder wurden insbesondere während des Besuchs im Hafen von Rotterdam deutlich. Nach der „Best-practice-Methode“ führten die Delegationsmitglieder in Rotterdam zudem Gespräche über moderne Stadtentwicklung und Nachhaltigkeit.

Parlamentariergruppe Cono Sur-Staaten

(Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay)

Die Mitglieder der Parlamentariergruppe stehen im regelmäßigen Austausch mit den Botschafterinnen und Botschaftern sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Partnerländer zu den jeweils wichtigen bilateralen Themen wie Energieversorgung, Digitalisierung, Schutz natürlicher Ressourcen, Handelsfragen und nicht zuletzt der Stand der Verhandlungen zwischen EU und Mercosur zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens. Eine besondere Stellung nimmt außerdem die wissenschaftliche Zusammenarbeit ein. Um die genannten Themen ging es den Abgeordneten auch bei ihrer Delegationsreise im April 2019 nach Chile und Uruguay. Gemeinsam mit beiden Ländern verfolgt Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Politik der Stärkung des humanitären Völkerrechts, welche von den Parlamentariern beiderseits des Atlantiks begleitet wird. Weitere außenpolitische Fragestellungen wie die regionale Zusammenarbeit, die Reaktion auf die sich zuspitzende Lage in Venezuela und der Umgang mit den venezolanischen Migrant*innen bestimmten zudem die Gesprächstermine der Delegation während ihrer Reise.

Deutsch-Irische Parlamentariergruppe

Eine Delegation der Deutsch-Irischen Parlamentariergruppe reiste im Juni 2019 nach Irland. Der Besuch wurde mit Blick auf den Brexit geplant und sollte die wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Folgen für die Republik Irland im Falle eines Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union beleuchten. In Cork

informierte sich die Delegation im Gespräch mit der Hafengesellschaft insbesondere über entsprechende Auswirkungen für die Handels- und Personenschifffahrt. Die Landbrücke über Großbritannien zum europäischen Festland würde im Falle eines Brexits deutlich an Bedeutung verlieren, weshalb die Direktverbindungen Irlands nach Kontinentaleuropa für die Wirtschaft immer wichtiger werden. In den politischen Gesprächen in Dublin und in der Grenzregion um Dundalk wurde deutlich, dass der Schutz des Karfreitagsabkommens für Irland im Falle eines Brexits unabdingbar bleibt. Das Zusammentreffen mit dem Cross Border Orchestra of Ireland verdeutlichte den Delegationsteilnehmern, wie wichtig die derzeit nahezu unsichtbare Grenze zwischen Irland und Nordirland für das zivilgesellschaftliche Zusammenleben auf der Insel ist. Abseits der Brexit-Thematik trafen sich die Mitglieder der Parlamentariergruppe mit Vertretern multinationaler Tech-Konzerne wie Google und Facebook, die ihren europäischen Hauptsitz in Dublin haben, und diskutierten mit ihnen über Standortwahl, Fachkräftegewinnung, Steuerrecht und Datenschutz. Bei einem Besuch des Dubliner Trinity College galt das Interesse der Delegation den Austauschprogrammen mit deutschen Hochschulen.

Deutsch-Italienische Parlamentariergruppe

Einige Mitglieder der Parlamentariergruppe reisten im April 2019 nach Italien. Erstmals seit Bildung der neuen italienischen Regierung aus der rechten Partei Lega Nord und der 5-Sterne-Bewegung besuchte damit eine Delegation des Deutschen Bundestages die Hauptstadt Rom sowie Mailand. Im Rahmen der bilateralen parlamentarischen Gespräche wurde primär die Zusammenarbeit in der Europäischen Union thematisiert. Schwerpunkte dabei waren die europäische Migrationspolitik sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die Gespräche gaben der Delegation einen sehr wertvollen Einblick in die durchaus differenzierten Sichtweisen der politischen Akteure in Italien auf die Form der europäischen Zusammenarbeit. Finanz- und wirtschaftspolitische Themen wurden darüber hinaus bei Terminen in der Mailänder Börse, in der Banca d'Italia sowie mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes Confindustria vertieft. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Parlamentariergruppe ist die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien. Vor diesem Hintergrund besuchte die Delegation die Mailänder Triennale, die Casa di Goethe sowie die Deutsche Schule in Rom und führte Gespräche mit weiteren Kulturmittlern.

Deutsch-Kanadische Parlamentariergruppe

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe im April/Mai 2019 in ihr Partnerland führte an die Westküste Kanadas nach British Columbia, in den hohen Norden in den Yukon und abschließend auf die Ostseite des Landes in die Provinz Ontario, wo auch die Hauptstadt Ottawa liegt. Neben dem bilateralen parlamentarischen Austausch sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene interessierten sich die Abgeordneten vor allem für energie- und umweltpolitische Themen. Der Klimawandel war insbesondere im Yukon ein wesentlicher Teil der Gespräche, denn in diesen nördlichen Breitengraden sind die Auswirkungen der Veränderungen bereits deutlich zu spüren. Viele Gespräche wurden mit Vertretern der indigenen Bevölkerung geführt, die ihre traditionelle Lebensweise auch durch den Klimawandel gefährdet sieht. Zudem ging es in diesen Gesprächen um das interkulturelle Zusammenleben sowie die Selbstverwaltung und Identität der sogenannten First Nations. In Ottawa, das zum Zeitpunkt der Reise unter starken Überschwemmungen litt, standen neben dem Klimawandel auch Wirtschaftsthemen auf der Tagesordnung. Zum Abschluss der Reise nahm die Delegation gemeinsam mit der Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland an der 34. Deutsch-Kanadischen Konferenz der Atlantik-Brücke in Niagara-on-the-Lake bei Toronto teil.

Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten

(Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien)

Die Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen und die Begleitung des Demokratisierungsprozesses in den Maghreb-Staaten stellen auch in der 19. Wahlperiode die Arbeitsschwerpunkte der Parlamentariergruppe dar. Im Berichtszeitraum informierten sich Mitglieder dieser Parlamentariergruppe im Rahmen einer Delegationsreise nach Mauretanien und Marokko im März 2019 über die aktuelle Situation in den beiden Ländern. Die Themenschwerpunkte in Mauretanien lagen dabei in den Bereichen Fischerei sowie Migration und Flucht. Auch diskutierten die deutschen Abgeordneten mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen über die Situation der Menschenrechte und in diesem Zusammenhang über das Thema Sklaverei. In Gesprächen mit Parlamentariern und Regierungsvertretern in Marokko standen Fragen der bilateralen Beziehungen Deutschlands und Marokkos sowie

des Verhältnisses Marokkos zur Europäischen Union im Vordergrund. Die Parlamentariergruppenmitglieder hatten zudem Gelegenheit, sich in Errachidia über wirtschaftliche Entwicklungen in der Region sowie über regionale Projekte zur Effizienzsteigerung der Trinkwasserversorgung zu informieren.

Während des Besuchs einer Delegation des Parlaments der Tunesischen Republik in Deutschland im Mai 2019 wurden aktuelle innen- und außenpolitische Themen sowie Themen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Abgeordneten verschiedener Bundestagsausschüsse und mit Vertretern von Ministerien und Nichtregierungsorganisationen erörtert. Zum Thema der Stärkung der Regionen in Tunesien hatte die Delegation darüber hinaus Gelegenheit, das föderale System der Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen. Dazu trafen die Gäste aus Tunesien Vertreter des Bundesrates.

Parlamentariergruppe Malta-Zypern

Eine Delegation der Parlamentariergruppe besuchte im März 2019 Nikosia, die Hauptstadt der Republik Zypern. Die Reise diente in erster Linie der Fortsetzung der guten parlamentarischen Zusammenarbeit, insbesondere der Festigung der direkten Kontakte zwischen den beiden Parlamentariergruppen. Die Abgeordneten tauschten sich inhaltlich über die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation sowie den andauernden Zypernkonflikt aus. Neben ihren Gesprächsterminen im Parlament standen Begegnungen mit Vertretern der Zivilgesellschaft, von Entwicklungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie mit einer der vor Ort tätigen politischen Stiftungen auf dem Programm. Die Delegation wurde von zypriotischer Seite sehr hochrangig wahrgenommen und zuvorkommend betreut.

Deutsch-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe

(Belize, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Nicaragua, Panama, Suriname, Trinidad und Tobago)

Die Mitglieder der Parlamentariergruppe befassen sich regelmäßig mit umweltpolitischen Problemstellungen sowie mit Fragen zur Rechtsstaatlichkeit von Gesellschaften. Diese Themen standen auch im Mittelpunkt ihrer Delegationsreise nach Haiti und in die Dominikanische Republik im November 2018. Die beiden Länder teilen sich die Insel Hispaniola und sind in besonderem Maße von den Folgen des Klimawandels betroffen. Dabei steht vor allem Haiti wegen der fortgeschrittenen Entwaldung und Bodenerosion vor großen Herausforderungen im Hinblick auf die Herstellung von Ernährungssicherheit. In der Dominikanischen Republik beschäftigten sich die Abgeordneten mit der Frage, wie der Massentourismus und das fragile Ökosystem von Mangroven und Korallen in Einklang gebracht werden können. In beiden Ländern setzt sich zudem eine aktive Zivilgesellschaft für die Aufarbeitung von Korruptionsskandalen aus der jüngeren Vergangenheit ein, mit deren Vertretern die Delegation zu ausführlichen Gesprächen zusammenkam. Ein schwieriges Thema ist ferner die Migration von Haiti in die Dominikanische Republik und die prekäre Lage haitianischer Flüchtlinge dort, die sich häufig Gewalt und Rechtlosigkeit ausgesetzt sehen, wie beim Gespräch mit dem Leiter des Büros der Internationalen Organisation für Migration deutlich wurde. An die Mitglieder der Parlamentariergruppe wurde in Haiti mehrfach der Wunsch nach einer Wiederaufnahme der bilateralen Zusammenarbeit mit Deutschland herangetragen.

Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe

(Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden)

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Juni 2019 nach Schweden und Finnland diente der Pflege und Vertiefung der guten parlamentarischen Kontakte, die mit beiden Partnerländern seit vielen Jahren bestehen. In Schweden standen die Themen innere Sicherheit und europäische Verteidigungspolitik, Wirtschafts- und Handelspolitik in Zeiten des Brexit, Einführung eines CO₂-Preises und der Atomausstieg im Fokus der Gespräche. Da das Königreich in vielen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen auf europäischer Ebene auch mit beispielhaften Entwicklungen aufwarten kann, suchte die Delegation zudem den Austausch in Fragen der Industrie 4.0, der Digitalisierung in kleinen und mittelständischen Unternehmen, der Digitalisierung in Gesundheit und Pflege oder der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum.

In Finnland indes ging es unmittelbar nach Bildung der neuen Regierung um die künftigen politischen Leitlinien des Landes. Aber auch Themen wie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, Finnlands Housing-First-Programm zur Überwindung der Wohnungslosigkeit, Projekte zum nachhaltigen Wohnen und die Situation der samischen Minderheit in Finnland waren für die Delegation von großem Interesse.

Die nordischen Länder und die Parlamentariergruppe sind sich mehr denn je darin einig, dass die enge Zusammenarbeit beider Seiten für die künftige Entwicklung Europas von wesentlicher Bedeutung sein wird. Dieser Leitgedanke bestimmt die laufende EU-Ratspräsidentschaft Finnlands und ihm diene auch der Freundschaftsbesuch der Parlamentariergruppe im hohen Norden.

Parlamentariergruppe Nördliche Adria

Im Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe in der Unterstützung der Reformprozesse in den beiden Partnerländern Kroatien und Slowenien im Hinblick auf die weitere Integration dieser Länder in die Europäische Union. Auch war das Flüchtlingsthema in den Gesprächsterminen der Abgeordneten in Berlin immer präsent. Schwerpunktthemen während einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe im September 2019 nach Kroatien waren die aktuelle innenpolitische Lage sowie die Außen- und Europapolitik der Republik Kroatien. Dazu führten die Abgeordneten in Zagreb Gespräche mit dem Vizepräsidenten des kroatischen Sabor sowie mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister Kroatiens. Angesprochen wurde die problematische Lage in Bosnien und Herzegowina, insbesondere die Situation der bosnischen Kroaten. Auch wurden die Vorbereitungen der EU-Ratspräsidentschaft Kroatiens im ersten Halbjahr 2020 erörtert. Die Abgeordneten informierten sich darüber hinaus über regionale Entwicklungen in Split und der Gespanschaft Split-Dalmatien in Gesprächen mit dem Bürgermeister und dem Gespan.

Parlamentariergruppe Östliches Afrika

(Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Seychellen, Somalia, Sudan, Südsudan, Tansania, Uganda)

Eine Delegation der Parlamentariergruppe reiste im September 2019 in die Vereinigte Republik Tansania und in die Republik Seychellen. In Daressalam, Dodoma, Sansibar und Mahé trafen die Parlamentarier insbesondere mit dortigen Parlamentsabgeordneten, die enge Kontakte zu Deutschland pflegen, sowie mit verschiedenen Hilfsorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der Kirchen und politischen Stiftungen zusammen.

Beim Besuch Tansanias interessierten sich die Abgeordneten für gesundheits-, wirtschafts-, migrations- beziehungsweise außenpolitische Fragen und Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. In der Republik Seychellen hingegen standen in ihren Gesprächen die vor Ort sehr präsenten Themen wie Klimawandel, Umweltschutz, erneuerbare Energien und maritime Sicherheit im Mittelpunkt des Meinungsaustausches.

Während es der Parlamentariergruppe in Tansania um eine Pflege der langjährigen guten bilateralen Beziehungen ging, war das Ziel des Besuches in der Republik Seychellen, solche aufzubauen. Beide Länder signalisierten der Delegation ein großes Interesse an der Pflege der jeweils bilateralen Kontakte auf verschiedensten Feldern der Zusammenarbeit.

Deutsch-Pazifische Parlamentariergruppe

(Australien, Neuseeland, Papua Neuguinea, Timor-Leste)

Ende Februar/Anfang März 2019 führte eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Papua Neuguinea und Neuseeland. Insbesondere in Papua Neuguinea traf der Besuch der deutschen Abgeordneten auf eine ungewöhnlich breite positive Resonanz und Dankbarkeit, sind doch die bilateralen Beziehungen Deutschlands zu dem pazifischen Inselstaat seit vielen Jahrzehnten nur sehr marginal. Umso größer ist der Wunsch Papua Neuguineas, dies künftig vor allem in den Bereichen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Gesundheitsfürsorge sowie der wirksamen Bekämpfung von Armut, extrem hoher Kriminalität und Korruption durch eine enge Entwicklungszusammenarbeit zu ändern.

Auch in Neuseeland, der zweiten Station der Reise, konnte sich die Delegation intensiv mit politischen Entscheidungsträgern sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft austauschen. Dabei standen neben aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen – insbesondere im Zusammenhang mit dem Brexit – auch Themen der Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit sowie die gemeinsame Sorge über den wachsenden außenpolitischen und ökonomischen Einfluss Chinas auf die Inselstaaten der Pazifikregion im Mittelpunkt der Gespräche. Beide Partnerländer sahen als „like-minded states“ dabei die Notwendigkeit, in Zeiten zunehmender globaler Unordnung die engen bilateralen Beziehungen weiter sorgsam zu pflegen.

Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe

Eine Delegation der Parlamentariergruppe besuchte im November 2018 Warschau und Posen. Die Reise fand anlässlich des 100. Jahrestages der Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit statt. Themen der Gespräche mit den verschiedenen politischen Akteuren in Warschau waren außen- und sicherheitspolitische Fragen, die Energieversorgungssicherheit, insbesondere das Pipelineprojekt „Nord Stream 2“, aber auch europapolitische Fragen, der Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen sowie innenpolitische Themen wie die Situation der jeweiligen Minderheiten im Nachbarland oder Standards der Rechtsstaatlichkeit. In Posen stand die Erinnerungskultur im Mittelpunkt. Die Bundestagsabgeordneten legten im Gedenken an die Verbrechen und Opfer der Nationalsozialisten einen Kranz im Museum des Martyriums nieder.

Die Gespräche wurden im Rahmen des Gegenbesuchs einer polnischen Abgeordnetendelegation im Juni 2019 in Berlin und Hamburg fortgeführt. Der Besuch stand dabei ganz im Zeichen des laufenden Gedenkjahres, in dem im deutsch-polnischen Kontext mehrerer besonderer Jahrestage wie des Überfalls auf Polen 1939, des Ausbruchs des Warschauer Aufstands 1944 oder des Falls des Eisernen Vorhangs 1989 gedacht wird. Sowohl mit dem Bundestagspräsidenten als auch mit den Mitgliedern der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe sprachen die polnischen Gäste über mögliche Formen einer gemeinsamen Erinnerungskultur. In diesem Zusammenhang fand auch ein Treffen mit den Vertretern der zivilgesellschaftlichen Initiative für ein Denkmal in Berlin für polnische Opfer des Nationalsozialismus statt. Darüber hinaus besprachen die Parlamentarier insbesondere verkehrspolitische Themen mit Mitgliedern des zuständigen Bundestagsausschusses sowie bei Besuchen der Zentrale der Deutschen Bahn in Berlin und des Airbus-Werks in Hamburg.

Deutsch-Russische Parlamentariergruppe

Eine Delegation der Russisch-Deutschen Parlamentariergruppe der Staatsduma besuchte im Oktober 2018 ihr Pendant im Deutschen Bundestag. Zunächst trafen die russischen Abgeordneten auf ihren Stationen in Gera und Erfurt neben der Vizepräsidentin des Thüringer Landtages und dem Oberbürgermeister der Stadt Gera auch Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Kultur, um miteinander über kommunalpolitische Themen ins Gespräch zu kommen. In Berlin diskutierten die Abgeordneten aus der Duma und dem Bundestag neben drängenden politischen Fragen Möglichkeiten der wirtschaftlichen, energiepolitischen und humanitären Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern. Zudem nahmen die Gäste aus Russland an einer gesonderten Präsentation des Projektes „Nord Stream 2“ teil, dessen Bedeutung für die Energiesicherheit Deutschlands und der EU hervorgehoben wurde. Für die parlamentarische Freundschaftsgruppe aus Moskau ging es bei ihrem Besuch in Deutschland um die Fortsetzung der Bemühungen, die bilateralen Beziehungen zu verbessern und die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu intensivieren, wie es kurz zuvor bereits im Rahmen des Petersburger Dialogs in Russland zwischen russischen und deutschen Abgeordneten erörtert worden war.

Im Juni 2019 reiste dann eine Delegation der Parlamentariergruppe mit dem Ziel nach Russland, dort einen offenen, kritischen Dialog zu führen. In Moskau trafen sich die Mitglieder des Bundestages mit Abgeordneten der Duma sowie mit führenden Oppositionspolitikern. Ferner kam es zu einem ausführlichen Informationsaustausch mit Vertretern der russischen Zivilgesellschaft und von Menschenrechtsorganisationen sowie zu Gesprächen mit den vor Ort tätigen deutschen politischen Stiftungen. Auf expliziten Wunsch der russischen Seite besuchte die Delegation die Moskauer Niederlassung von Gazprom. Zur Pflege von Kontakten auch außerhalb Moskaus reiste die Delegation nach Kaluga, wo im Gespräch mit Lokalpolitikern das friedliche Miteinander unterschiedlicher Kulturen erörtert werden konnte. Außerdem stand der Besuch des dortigen VW-Werkes auf dem Programm. In den Gesprächen während der Delegationsreise wurden nicht nur zwischen der deutschen Delegation und den russischen Gesprächspartnern, sondern auch innerhalb der Delegation unterschiedliche Auffassungen zu Themen wie beispielsweise der Krim, dem Donezkbecken oder den Sanktionen gegenüber Russland geäußert. Trotz der zum Teil sehr grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen des Bundestages verständigte sich die Delegation der Parlamentariergruppe darauf, diese gegenüber der russischen Seite hintanzustellen und gemeinsam an den bilateralen Beziehungen zu arbeiten.

Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe

Während eines Besuchs der schweizerischen Freundschaftsgruppe im April 2019 in Berlin standen insbesondere verkehrspolitische Themen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz im Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang

fanden Gespräche mit Mitgliedern des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur, des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie mit Vertretern des Landes Baden-Württembergs beim Bund statt. Die Vorsitzenden der beiden Parlamentariergruppen nutzten ihr Treffen während des Delegationsbesuchs für eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft aufforderten, die Ausstrahlung ihrer bislang auch in Deutschland mit digitalem Antennenfernsehen (DVB-T) zu empfangenen Programme nicht wie beabsichtigt aus technischen Gründen einzustellen.

Parlamentariergruppe Slowakei-Tschechien-Ungarn

Die Mitglieder dieser Parlamentariergruppe sehen ihre Aufgabe vor allem in der Vertiefung der guten parlamentarischen Beziehungen zu den drei EU-Partnerländern. Die Abgeordneten stehen in einem intensiven Informations- und Meinungsaustausch mit ihren Partnern zu vielen aktuellen bilateralen Fragen. Dieser konnte mit einer Delegationsreise im Februar 2019 nach Bratislava und Prag in einer Reihe von Themenfeldern ausgebaut werden. Dazu führten die Abgeordneten aus Berlin Gespräche mit Mitgliedern verschiedener Parlamentsausschüsse und der Regierungen. In Bratislava hatte die Delegation darüber hinaus die Gelegenheit, sich bei einem Besuch von Volkswagen Slovakia über das dortige Engagement im Hinblick auf das duale Ausbildungssystem zu informieren. In Prag erörterten die Mitglieder der Parlamentariergruppe bei einem Termin im Gesundheitsministerium die Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit im Hinblick auf grenzüberschreitende Krankentransporte im Grenzgebiet der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe

(Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka)

Im Februar 2019 reiste eine Delegation dieser Parlamentariergruppe nach Bangladesch und Nepal. Die thematischen Schwerpunkte des Besuchsteils in Bangladesch waren die innenpolitische Situation nach den dortigen Wahlen im Dezember 2018 sowie die Lage in der Textilindustrie. Die Einhaltung sozialer und Umweltstandards in diesem für das Land wichtigen Industriezweig ist eine Frage, die die Parlamentariergruppe auch in ihrer Arbeit in Berlin beschäftigt. Zudem erörterten die Delegationsmitglieder die Lage und Versorgung der eine Million aus Myanmar nach Bangladesch geflüchteten Angehörigen der Minderheit der Rohingya mit Politikern, Vertretern internationaler Organisationen, internationaler und deutscher Hilfsorganisationen sowie den Rohingya selbst bei einem Besuch im Flüchtlingslager Kutupalong. In Nepal konnten sich die deutschen Abgeordneten ein Bild von den Wiederaufbaumaßnahmen nach dem verheerenden Erdbeben im Jahr 2015 machen. Die politischen Gespräche waren geprägt von dem politischen Neuanfang nach einer Phase des Bürgerkriegs und der Stagnation in dem Land. Mehrfach wurden die Einführung eines föderativen Systems sowie die Erfahrungen damit in Deutschland besprochen.

Um die Aufarbeitung des jahrzehntelangen Bürgerkriegs in Sri Lanka ging es beim Besuch einer Parlamentarierdelegation aus Sri Lanka im Juni 2019 in Berlin und Potsdam. Neben der Besichtigung des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors und der Gedenkstätte Hohenschönhausen sowie Gesprächen über deren pädagogische und politische Arbeit war dieses Thema auch Gegenstand der Gespräche mit den Mitgliedern der Parlamentariergruppe. Von besonderer Wichtigkeit für die Gäste waren darüber hinaus ein Besuch im Geoforschungszentrum Potsdam beziehungsweise das Gespräch mit den Wissenschaftlern, die das weltweite Tsunami-Frühwarnsystem entwickelt haben. Großes Interesse hatten die Gäste aus Sri Lanka auch an Informationsgesprächen über die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages, über das Serviceangebot seiner Wissenschaftlichen Dienste sowie über die Verhaltensregeln der Abgeordneten.

Parlamentariergruppe Südkaukasus

(Armenien, Georgien, Aserbaidschan)

Der Südkaukasus ist weiterhin geprägt von verschiedenen ungelösten territorialen Konflikten in Georgien (Abchasien, Südossetien) sowie zwischen Armenien und Aserbaidschan (Bergkarabach). Für Europa und Deutschland ist die Region indes von großer geopolitischer Bedeutung, sodass die Parlamentariergruppe einerseits die jeweils bilateralen parlamentarischen Kontakte pflegt, andererseits aber auch versucht, einen friedlichen Dialog zwischen allen drei Ländern zu befördern und zu unterstützen.

Diesen Zielen diene auch eine Delegationsreise nach Georgien und Aserbaidschan im Mai 2019. In ihren Gesprächen in Tiflis griffen die Mitglieder der Parlamentariergruppe vor allem jene Themen auf, die die bilateralen

Beziehungen bereits seit einiger Zeit prägen: Der Stand des demokratischen Transformationsprozesses Georgiens, Chancen einer Integration des Landes in die Europäische Union und die NATO, Entwicklungen nach der Visaliberalisierung, Georgiens Außenpolitik gegenüber Russland, insbesondere hinsichtlich der separatistischen Teilgebiete Abchasien und Südossetien, sowie Fragen der künftigen deutsch-georgischen Zusammenarbeit.

In den Gesprächen in Aserbaidzhan hingegen wurden insbesondere Möglichkeiten einer Intensivierung des Austausches im Bereich der (beruflichen) Bildung thematisiert. Beide Seiten versicherten sich zudem eines gemeinsamen Interesses an einem baldigen Abschluss der Verhandlungen über ein neues bilaterales Kulturabkommen.

Parlamentariergruppe Südliches Afrika

(Angola, Botsuana, Eswatini, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika)

Abgeordnete dieser Parlamentariergruppe nutzten eine neuntägige Delegationsreise im Juni 2019 in die Republik Südafrika, die Republik Botsuana und in das Königreich Eswatini (Swasiland), um sich vor Ort über die aktuellen Entwicklungen in den drei Ländern zu informieren. Die Reise diente insbesondere der Pflege und Intensivierung bestehender, mit Blick auf Eswatini auch der Aufnahme parlamentarischer Beziehungen.

Zu den wichtigsten Gesprächsthemen in Südafrika gehörten die künftige politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes unter dem neuen Staatspräsidenten Cyril Ramaphosa, Aspekte der Wirtschaftszusammenarbeit, energiepolitische Fragen sowie der Bereich der beruflichen Bildung. Botsuanas Binnenentwicklung zu einem demokratischen Musterland auf dem afrikanischen Kontinent indes verfolgt die Parlamentariergruppe seit einiger Zeit mit besonderem Interesse und engen politisch-parlamentarischen Kontakten. Daher lag hier der Fokus der Gespräche auch auf den zentralen Feldern der bilateralen Zusammenarbeit in Bildung und Ausbildung, in der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Gesundheits- und Daseinsfürsorge.

Die Parlamentariergruppe sieht eine ihrer Aufgaben zudem darin, Kontakte auch zu jenen Ländern zu pflegen, die auf der weltpolitischen Karte eine eher untergeordnete Rolle spielen. So ging es beim Besuch Eswatinis, einem kleinen, monarchisch regierten Binnenstaat im südlichen Afrika, vor allem um ein erstes Kennenlernen und schließlich darum, einander das jeweils eigene politische System näherzubringen.

Jedes der drei besuchten Länder signalisierte der Parlamentariergruppe, wie bedeutsam die gemeinsame, bilaterale Gesprächsebene ist.

Deutsch-Südosteuropäische Parlamentariergruppe

(Albanien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien)

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe lag im Berichtszeitraum in der Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in der Region Westbalkan und deren Annäherung an die Europäische Union. Im Juni 2019 reiste eine Delegation in die Republik Albanien, nach Nordmazedonien und in die Republik Kosovo, um sich unmittelbar vor Ort ein Bild von der derzeitigen Lage zu machen. Der Aufenthalt in Albanien stand im Zeichen der dort geplanten weiteren Reformen zur Annäherung an die Europäische Union, wobei sich insbesondere der Premierminister sehr kritisch zur EU-Integration äußerte. In Skopje informierte sich die Bundestagsdelegation über die dortigen Fortschritte der EU-Annäherung, insbesondere vor dem Hintergrund des inzwischen gelösten Namensstreits mit Griechenland. Im Kosovo führten die Abgeordneten neben den Gesprächen auf politischer Ebene in Pristina auch Gespräche mit Vertretern der vor Ort präsenten internationalen Organisationen wie EU-LEX, NATO, OSZE und UNMIK sowie in Mitrovica mit Vertretern der serbisch-kosovarischen Zivilgesellschaft, um sich einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation im Kosovo zu verschaffen. Die Delegationsmitglieder legten besonderen Wert darauf, die Jugend der Region einzubeziehen. Daher wurden in allen drei Ländern Gespräche mit Vertretern des im Westbalkan aktiven Jugendnetzwerks RYCO geführt.

Freundeskreises Berlin-Taipei

Im Februar 2019 reiste eine Delegation des Freundeskreises Berlin-Taipei nach Taiwan. In den Gesprächen in der Hauptstadt Taipei ging es neben den bilateralen Beziehungen um die internationale Stellung Taiwans und das Verhältnis zur Volksrepublik China. Ein besonderer inhaltlicher Schwerpunkt lag zudem auf der Energiepolitik, da Taiwan erst kürzlich beschlossen hat, bis zum Jahr 2025 aus der Atomenergie auszusteigen. Weitere Schwerpunkte der Gespräche waren die Themen Digitalisierung und Vergangenheitsbewältigung. Die Bundestagsabgeordneten nahmen am 28. Februar an der Gedenkveranstaltung des „228-Zwischenfalls“ teil, auf der den Opfern

eines Massakers von 1947 gedacht wurde. Auch besuchte die Delegation das zu einer Gedenkstätte umgestaltete ehemalige Gefängnis für politische Gefangene auf der vorgelagerten Insel Green Island. Ein ehemaliger Häftling führte die Delegationsmitglieder durch die Räume und berichtete von der Zeit des „weißen Terrors“, als auf Taiwan das Kriegsrecht herrschte, das erst 1987 endete. Aufgrund der eingeschränkten Regierungskontakte kommt in Taiwan dem Besuch von Parlamentariern eine besondere Bedeutung zu. So berichteten etwa viele namhafte Medien im Land über den Besuch der Abgeordneten aus dem Deutschen Bundestag.

Deutsch-Ukrainische Parlamentariergruppe

Im Mai 2019 reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe in die Ukraine, um die parlamentarischen Beziehungen beider Länder zu intensivieren. Die Bundestagsabgeordneten besuchten neben der Hauptstadt Kiew auch Lemberg in der Westukraine. Während des Aufenthalts in der Ukraine erklärte der frisch vereidigte Präsident Wolodymyr Selenskyj die Auflösung des Parlaments (Werchowna Rada) und Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman kündigte seinen Rücktritt an. Dennoch kamen Gespräche mit zahlreichen Parlamentariern, Regierungsvertretern, Ansprechpartnern im ukrainischen Außenministerium, mit NGOs und den vor Ort tätigen deutschen politischen Stiftungen zustande, die ein umfangreiches Bild von der aktuellen politischen Situation zeichneten. Von praktisch allen Gesprächspartnern wurde das Projekt „Nord Stream 2“ kritisch bewertet. Ferner sprachen die Delegationsmitglieder über Themen wie die Folgen und Lösungsansätze im Zusammenhang mit dem Konflikt im Osten der Ukraine, die Emigrationsproblematik sowie die Vergangenheitsbewältigung. Der Besuch in Lemberg ermöglichte einen Einblick in die Sichtweise von Lokalpolitikern angesichts der brisanten Lage in der Ukraine. An zwei der führenden Hochschulen des Landes hatte die Delegation die Möglichkeit, Schwerpunkte und Probleme der ukrainischen Bildungspolitik näher kennenzulernen. Als Zeichen des Gedenkens und Erinnerns legte die Delegation einen Kranz am Denkmal für die ermordeten Juden von Babyn Jar in Kiew nieder.

Parlamentariergruppe Westafrika

(Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad)

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe nutzte eine Reise im Mai 2019 in den Tschad und nach Senegal, um sich vor Ort über die aktuelle Entwicklung in den beiden Ländern zu informieren.

Im Mittelpunkt der Delegationsreise stand die Pflege der jeweils bilateralen parlamentarischen Beziehungen. Zu den wichtigsten Themen der Gespräche auf dieser Ebene gehörten die politische und wirtschaftliche Entwicklung in beiden besuchten Ländern, Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit, der Demokratie und Menschenrechte, Migrationsfragen, die Situation von Frauen und Mädchen, die Gesundheitsversorgung sowie der Bereich der beruflichen Bildung. Thematisiert wurden in beiden Ländern die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Klimawandels sowie Handlungsmöglichkeiten auch für nichtstaatliche Akteure.

Vor dem Hintergrund des globalen Terrors und des Erfordernisses der Eindämmung von Radikalisierung interessierten sich die Parlamentariergruppenmitglieder zudem für Themen wie die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation im Tschad sowie des dortigen Bildungssystems.

Parlamentariergruppe USA

Im Rahmen des 35. Congress-Bundestag Seminars, bei dem sich US-Kongressabgeordnete und Bundestagsabgeordnete jährlich wechselnd in den USA oder Deutschland treffen, reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe Ende Oktober/Anfang November 2018 in die Hauptstadt Washington sowie nach Chattanooga und Nashville im Bundesstaat Tennessee. Die deutschen Abgeordneten führten Gespräche über den Stand der transatlantischen Beziehungen, die in der jüngeren Vergangenheit von signifikanten Veränderungen und teilweise auch Verschlechterungen geprägt waren. Dennoch versicherten sich beide Seiten der traditionell sehr guten Beziehungen, die auf gemeinsamen Werten basieren. Die Reise stand zudem besonders im Zeichen der unmittelbar nach der Reise terminierten „Midterm-Wahlen“. Dafür traf sich die Delegation mit Vertretern von Meinungsumfrageinstituten sowie mit Kandidaten der republikanischen und der demokratischen Partei. In Gesprächen mit Regierungsvertretern sowie mit Wirtschaftsvertretern ging es zudem mehrfach um die von Präsident Donald Trump angedrohten Strafzölle auf europäische Produkte. Besonders die Konsequenzen für die Automobilindustrie sind in Tennessee bei einem Besuch im Produktionsstandort der „Volkswagen Group of America“ in Chattanooga thematisiert worden. Sowohl die amerikanischen Gastgeber als auch die Delegationsmitglieder stimmten vollkommen überein,

dass man gemeinsam an Herausforderungen in einer globalisierten Welt arbeiten müsse. Den Bundestagsabgeordneten wurde eingehend erklärt, dass die Erhebung von Zöllen auch in den USA sehr kontrovers diskutiert wird.

Mit dem 36. Congress-Bundestag Seminar erfolgte im September 2019 der Gegenbesuch einer US-Delegation in Deutschland. Dieser begann in Düsseldorf, wo die Delegation vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen begrüßt wurde. Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen der USA und Deutschland waren in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Thema. Ein Besuch bei Bayer in Leverkusen demonstrierte der Delegation, welche große Bedeutung der deutsche Weltkonzern dem amerikanischen Markt zumisst. In Berlin waren die Kongressabgeordneten vor allem an der Energiewende interessiert. Zudem waren die transatlantischen Beziehungen in nahezu jedem Gespräch Thema. Von deutscher Seite ist den Gästen dabei des Öfteren erklärt worden, dass die aktuellen politischen Verhältnisse in den USA diese sehr erschwerten. Gleichzeitig wurde ihnen aber auch versichert, man fühle sich in Deutschland und Europa den USA aufgrund der gemeinsamen Werte und der gemeinsamen Geschichte seit dem zweiten Weltkrieg überaus verbunden. Beide Seiten waren sich einig bei dem Ziel, die traditionell guten Beziehungen zu erhalten und weiter auszubauen.

Parlamentariergruppe Zentralafrika

(Äquatorialguinea, Demokratische Republik Kongo, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Sao Tome und Principe, Zentralafrikanische Republik)

Eine Delegation der Parlamentariergruppe Zentralafrika nutzte eine Reise im Mai 2019 nach Äquatorialguinea und Kamerun, um sich über aktuelle politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Entwicklungen in den beiden Ländern zu informieren.

In Äquatorialguinea hatte die Parlamentariergruppe Gelegenheit, Gespräche auf verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen zu führen. Dabei standen Fragen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit, der Demokratie und Menschenrechte, Migrationsfragen, die Situation von Frauen und Mädchen, die Gesundheitsversorgung sowie der Bereich der beruflichen Bildung im Mittelpunkt der Begegnungen.

In Kamerun trafen die Delegationsmitglieder Abgeordnete der Nationalversammlung, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, von Nichtregierungsorganisationen, politischen Stiftungen und Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zum Gespräch. Dabei reichten die Themen von der Flüchtlings- und Migrationspolitik über Fragen der Good (Financial) Governance, der nationalen und kommunalen Verwaltung bis hin zu den Bereichen Erhalt der Biodiversität und Schutz natürlicher Ressourcen.

Im Ergebnis diente die Reise einer (Wieder-)Belebung der jeweils bilateralen Beziehungen, die insbesondere im Fall Äquatorialguineas längere Zeit politisch, wirtschaftlich und kulturell nur mehr gering ausgeprägt waren.

Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe

(Kasachstan, Kirgistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan)

Im Oktober 2018 reiste eine Delegation der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe nach Turkmenistan und Usbekistan, um die parlamentarischen Beziehungen zu beiden Ländern zu intensivieren und den kulturellen Verbindungen nachzugehen. In Turkmenistan trafen sich die Abgeordneten zur Erörterung von Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Entwicklung sowie der Agrarpolitik des Landes unter anderem mit der Parlamentspräsidentin, der Ombudsfrau und dem Außenminister. In Usbekistan fanden neben Gesprächen mit den Mitgliedern der Freundschaftsgruppe, weiteren Abgeordneten sowie Regierungsmitgliedern Begegnungen mit Vertretern der Zivilgesellschaft, des Nationalen Menschenrechtszentrums und der politischen Stiftungen statt. Um wirtschaftliche und bilaterale Zusammenarbeit ging es den deutschen Abgeordneten bei zwei Werksbesichtigungen. Beim Besuch der Hochschule für Weltwirtschaft und Diplomatie zeigte die lebhafteste Diskussion mit Studenten einmal mehr, welches hohe Ansehen und große Interesse die junge Generation dort Europa allgemein und insbesondere Deutschland entgegenbringt.

6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten

Wie die Delegationsreisen sind auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten als Mitglieder ihrer jeweiligen Ausschüsse vorrangig auf die Informationsgewinnung sowie den Erfahrungs- und Meinungsaustausch gerichtet. Diese Reisen dienen außerdem der Stärkung der Wahrnehmung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung durch

die Abgeordneten. Eine unmittelbare und möglichst wenig gefilterte Informationsgewinnung zur politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage in den jeweiligen Staaten und Regionen ist häufig nur auf diese Weise erreichbar.

Die im Berichtszeitraum von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages unternommenen Einzeldienstreisen sind wie die Themen, mit denen sich die Abgeordneten im Rahmen ihrer Mandatsausübung befassen, vielfältig und weit gefasst. Weiterhin bilden die Einladungen zu Kolloquien und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen den Anlass für Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Zudem haben Abgeordnete immer wieder Gelegenheit, Reisen des Bundespräsidenten sowie der Bundeskanzlerin und anderer Mitglieder der Regierung zu begleiten.

Aufgrund der Vielzahl und der großen Themenbreite werden die Einzeldienstreisen des Berichtszeitraums im Folgenden nur exemplarisch und nach regionalen Aspekten grob gegliedert dargestellt.

Europa

Wie schon in vergangenen Wahlperioden war die belgische Hauptstadt Brüssel eines der häufigsten Ziele von Dienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Abgeordnete verschiedener Ausschüsse führten eine Vielzahl an Gesprächen mit Vertretern der Institutionen der Europäischen Union sowie der NATO oder nahmen an Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen teil. Neben europa-, finanz-, wirtschafts-, sicherheits- und sozialpolitischen Themen bildeten insbesondere Gespräche zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie zur Flüchtlingskrise den Schwerpunkt bei diesen Dienstreisen. Zudem ging es um den Krieg in Syrien, die anhaltende Krise in der Ukraine, das Verhältnis zu Russland, die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sowie die zunehmenden Herausforderungen in der Klimaschutzpolitik.

Der stetige Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen sowie die aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union standen im Mittelpunkt zahlreicher Einzeldienstreisen von Abgeordneten aus den unterschiedlichsten Politikfeldern nach Frankreich. In Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der französischen Politik erörterten sie unter anderem das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen, Reformvorschläge für die Eurozone sowie Fragestellungen zur Migrations-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Darüber hinaus besuchte ein Abgeordneter des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung eine internationale Konferenz zur Teilchenphysik. Andere Mitglieder des Bundestages informierten sich auf Dialogveranstaltungen und Konferenzen über Möglichkeiten der Lösung europäischer Konflikte, die Herausforderungen der Digitalisierung, die Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz sowie die Gefahren von Cyberattacken.

Eine Reihe von politischen Gesprächen, Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen zu einer Vielfalt an Themen veranlassten Abgeordnete verschiedener Ausschüsse zu Einzeldienstreisen nach Großbritannien. Schwerpunktthema im Berichtszeitraum war der bevorstehende Brexit, aber es ging darüber hinaus auch um außenpolitische Themen, um Sicherheit, Verteidigung, Finanzen und Digitalisierung. In Gesprächen mit britischen Abgeordneten, Regierungsvertretern sowie Repräsentanten der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft erörterten die Bundestagsabgeordneten die Herausforderungen und Folgen des Austritts des Landes aus der Europäischen Union. In den Gesprächen ging es naturgemäß vertieft um Fragestellungen zu den deutsch-britischen sowie europäisch-britischen Beziehungen.

In Italien führte ein Mitglied des Finanzausschusses politische Gespräche über die Zukunft der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik. Ein Abgeordneter des Auswärtigen Ausschusses diskutierte mit Parlamentariern und Regierungsvertretern über die deutsch-italienischen Beziehungen sowie über eine engere außen-, sicherheits- und migrationspolitische Zusammenarbeit. Zwei Mitglieder des Haushaltsausschusses informierten sich in Rom über die sachgemäße Verwendung von Haushaltsmitteln bei vom Bund geförderten Baumaßnahmen.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe informierte sich in der Schweiz über die Arbeit des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen. Eine Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses nahm in Genf an einem Kongress der Welthandelsorganisation zur Zukunft des Handels im Kontext der Nachhaltigkeit teil. Ein Spitzentreffen von internationalen Experten aus Wirtschaft und Politik zum Thema digitale Innovationen veranlasste ein Mitglied des Ausschusses Digitale Agenda zu einer Einzeldienstreise. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses nahm in Basel an einer Konferenz zur Umschichtung des globalen Atomwaffenbudgets teil, um die nukleare Abrüstung zu fördern.

Im Nachbarland Österreich besuchte ein Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie die Weltraumkonferenz UNISPACE, um Gespräche zur internationalen Zusammenarbeit in der Nutzung des Weltraums, zum erleichterten Zugang zu Weltraumtechnologien sowie zur Nutzung von Weltraumdiensten zur Bewältigung globaler

Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes zu führen. Ein außenpolitischer Abgeordneter nahm an einem Forum für junge Abgeordnete teil, um sich mit österreichischen Parlamentariern zu den Themen Wirtschaft, Europäische Union und Arbeitsmarkt auszutauschen. Zwei Mitglieder des Bundestages informierten sich über die politischen Ansichten und Ziele hinsichtlich eines möglichen EU-Beitritts der Westbalkan-Staaten.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses nahm in Polen an einer gemeinsamen Konferenz der Verteidigungsausschüsse der Ostseeanrainerstaaten teil. Thematisiert wurde die verteidigungs- und sicherheitspolitische Lage in der Ostseeregion, insbesondere in Bezug auf Russland und die Gefahren der hybriden Kriegsführung. Zwei Abgeordnete des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union nahmen in Warschau anlässlich des 100. Jahrestages der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens an einer Konferenz zur Stärkung der deutsch-polnischen Beziehungen teil. Mitglieder des Umweltausschusses begleiteten die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit auf ihrer Reise zur internationalen UN-Klimakonferenz in Katowice.

Die Arktisforschungsbasis auf der norwegischen Insel Spitzbergen besuchte ein Abgeordneter des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, um sich bei Wissenschaftlern über zukünftige Technologien im Bereich der Klima-, Meeres- und Umweltforschung zu informieren. Zwei Mitglieder des Verteidigungsausschusses nahmen in Norwegen als Beobachter an einem multinationalen Großmanöver der NATO teil und informierten sich über die Kooperationen der beteiligten Bundeswehrsoldaten sowie der Teilnehmer anderer NATO-Armeen. Zwei Mitglieder des Bundestages tauschten sich am Rande der Feierlichkeiten zur Wiedereröffnung des Goethe-Instituts in Oslo über die aktuellen politischen und kulturellen Beziehungen aus.

Auch in diesem Berichtszeitraum reisten wieder insbesondere Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss nach Russland, um politische Gespräche zu führen sowie an Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen. Im Vordergrund der Gespräche standen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Themen, aber auch Fragestellungen aus den Bereichen Energie, Wirtschaft und Menschenrechte. Die Abgeordneten diskutierten mit russischen Parlamentariern, Regierungsvertretern, Nichtregierungsorganisationen und Vertretern der Zivilgesellschaft über die Krisen in der Ukraine und in Syrien. Ein weiteres Mitglied des Auswärtigen Ausschusses informierte sich über die Lage der deutschen Minderheiten in Russland. Zwei Abgeordnete nahmen in Moskau am 17. Petersburger Dialog zur Stärkung des zwischenstaatlichen Meinungsaustausches teil. Ein Mitglied des Bundestages nutzte seine Einzeldienstreise für Gespräche mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft über Themen wie die Wirtschaftssanktionen, North Stream 2 und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Krise in der Ukraine veranlasste Abgeordnete zu einer Reihe von Einzeldienstreisen, um sich ein eigenes Bild von der Lage vor Ort zu verschaffen. Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses besuchten die „Kontaktlinie“, führten Gespräche mit Abgeordneten sowie mit der Regierung und sprachen mit Vertretern der Zivilgesellschaft über die aktuelle sicherheitspolitische Lage. Weitere Gesprächsthemen waren Korruptionsbekämpfung, die Lage der Wirtschaft, Presse- und Medienfreiheit sowie die anstehende Präsidentschaftswahl. Ein Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union besuchte ein Projekt für Opfer häuslicher Gewalt sowie ein durch den Reaktorunfall in Tschernobyl umgesiedeltes Dorf. Die Vorsitzende des Umweltausschusses diskutierte mit Nichtregierungsorganisationen über die Gefahren der Kernenergie.

In Estland nahm ein Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie an der Europäischen Interparlamentarischen Weltraumkonferenz (EIWK) teil, um sich über die Chancen und Risiken kommerzieller Raumfahrt zu informieren und Fragen zur Anpassung des Rechtsrahmens für die Raumfahrt im 21. Jahrhundert zu klären. Ein Abgeordneter des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft tauschte sich mit Experten über die Maßnahmen der Regierung und der Behörden in Bezug auf den Ausbruch der afrikanischen Schweinepest aus, um Präventionsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft zu finden. Ein Mitglied des Verteidigungsausschusses besuchte die im Rahmen der NATO vor Ort stationierten Bundeswehrsoldaten.

Eine Abgeordnete des Bildungsausschusses besuchte in Litauen das globale Gesprächsforum für Frauen in Führungspositionen mit dem Schwerpunkt Stärkung von Frauenrechten. In Vorbereitung auf die Beratungen zum Bundeshaushalt verschaffte sich ein Mitglied des Haushaltsausschusses einen Eindruck von den deutschen Unterstützungsleistungen in der aktuellen Konfliktsituation mit Russland. Zwei Abgeordnete des Verteidigungsausschusses besuchten gemeinsam mit dem Generalleutnant des Heeres das deutsche Einsatzkontingent im Rahmen der NATO und führten Gespräche mit militärischen Verantwortlichen sowie den dort stationierten Bundeswehrsoldaten.

Ein Abgeordneter des Auswärtigen Ausschusses führte im Kosovo politische Gespräche mit Parlamentariern, Regierungsvertretern und der Zivilgesellschaft zu Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Korruption sowie die Rolle Russlands, Chinas und der Türkei auf dem Westbalkan. Zwei Mitglieder des Verteidigungsausschusses besuchten das Einsatzkontingent der Bundeswehr sowie das Feldlager Prizren, dessen Schließung nach rund 20 Jahren Bundeswehreinsatz unmittelbar bevorstand. Ein Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union informierte sich über die aktuelle Sicherheits- und Wirtschaftslage. Eine Abgeordnete des Ausschusses für Inneres und Heimat besichtigte in Pristina den Deutschen Informationspunkt für Migration, Ausbildung und Karriere (DIMAK).

In Bulgarien nahm der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Energie an einem interparlamentarischen Treffen für die Vorsitzenden der für Energie zuständigen Ausschüsse der nationalen Parlamente zum Thema Energiunion teil. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses verschaffte sich einen Eindruck von der politischen Lage im Land und diskutierte mit Parlaments- und Regierungsvertretern über die Flüchtlings- und Migrationspolitik, den Schutz der Außengrenze der Europäischen Union sowie die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland. In Sofia führte eine Bundestagsabgeordnete Gespräche mit Mitgliedern der bulgarischen Nationalversammlung und nahm mit regionalen sowie internationalen Experten für Osteuropa an einem Workshop zum Thema „Politik gestalten im 21. Jahrhundert“ teil.

Ein Abgeordneter des Ausschusses für Inneres und Heimat reiste nach Griechenland, um sich über die Arbeit der europäischen Grenz- und Küstenwache FRONTEX zu informieren. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses führte mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Gespräche zur finanziellen Situation nach dem Ende des dritten Hilfsprogramms für Griechenland. Politische Gespräche zu den Themenkomplexen Flucht, Fluchtursachenbekämpfung und Migration sowie die Tagung der Deutsch-Griechischen Versammlung veranlasste ein Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu einer Reise nach Kreta. Eine Abgeordnete des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe besuchte das Flüchtlingscamp Moria auf der Insel Lesbos und führte Gespräche mit dem Bürgermeister, Vertretern des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen und des Unterstützungsbüros für Asylfragen sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Abgeordnete aus dem Auswärtigen und dem Europa-Ausschuss informierten sich in der Türkei über die aktuelle politische Entwicklung. Sie führten zahlreiche Gespräche mit Parlamentariern sowie Regierungsvertretern und nahmen an Konferenzen mit den Schwerpunkten innenpolitische Sicherheitslage, Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen sowie Konflikte im Nahen und Mittleren Osten teil. Eine Abgeordnete beobachtete die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der vorgezogenen Präsidenten- und Parlamentswahlen. Weitere Abgeordnete des Bundestages nahmen als Prozessbeobachter an einer Reihe von Verhandlungen gegen inhaftierte Journalisten, Sportler sowie andere Staatsbürger teil und führten Gespräche zum Thema Presse- und Meinungsfreiheit. Ein Mitglied des Finanzausschusses informierte sich über die aktuelle Lage auf den türkischen Finanzmärkten.

Afrika

In der ersten Hälfte der 19. Wahlperiode standen die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent im Fokus des Interesses der Abgeordneten, die Einzeldienstreisen nach Afrika unternahmen.

Auf Einladung des Bundesministers für Wirtschaft und Energie begleiteten ihn vier Abgeordnete auf seiner Reise nach Ägypten, um an der 5. Sitzung der Deutsch-Ägyptischen Gemischten Wirtschaftskommission teilzunehmen und politische Gespräche zu führen. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses diskutierte mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über die Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung, die berufliche Bildung, die Bekämpfung von Terrorismus und Fluchtursachen sowie die Bemühungen Ägyptens zur Stabilisierung der MENA-Region.

Mitglieder aus dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung reisten nach Tunesien, um sich über die aktuelle sicherheitspolitische Lage zu informieren. Des Weiteren standen die Themen Entwicklungszusammenarbeit, Fortschritt des Stabilisierungsprozesses, Tourismuswirtschaft und Umweltschutz im Vordergrund der politischen Gespräche.

Über die Möglichkeiten migrationspolitischer Kooperationen zwischen der Europäischen Union und Marokko diskutierte ein Abgeordneter aus dem Auswärtigen Ausschuss mit Parlamentariern und Regierungsvertretern. Ein Mitglied des Bundestages informierte sich über die staatlichen Maßnahmen in Bezug auf die Modernisierung der Wirtschaft, berufliche Bildung, Rechtssicherheit, Korruptionsbekämpfung und Migration.

In Kamerun führte ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe politische Gespräche zum Thema Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung sowie zur Wasser- und Nahrungsversorgung. Ein Abgeordneter des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung informierte sich vor Ort über die Arbeit deutscher Projekte der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Eröffnung der neuen Außenstelle der Auslandshandelskammer in Tansania führte ein Mitglied des Haushaltsausschusses nach Daressalam. Zwei Abgeordnete mit dem Arbeitsschwerpunkt wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit führten politische Gespräche zum Aufbau des Gesundheitssystems sowie zu den Themen Wassermanagement, Umweltschutz und erneuerbare Energien.

Ein Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie informierte sich in Südafrika über die Themen Digitalisierung, politische Transparenz und nachhaltige Entwicklung. Gespräche über die Nachnutzung der Austragungsstadien der Fußball-WM 2010 sowie die Auswirkungen der international veränderten Handelspolitik durch verhängte Strafzölle führte ein Abgeordneter des Auswärtigen Ausschusses. Zwei weitere Mitglieder dieses Ausschusses informierten sich in Gesprächen über die innenpolitische Lage und Perspektiven Südafrikas. Zudem besuchten sie Bildungs-, Jugend- und Sporteinrichtungen.

Nordamerika

In der ersten Hälfte der 19. Wahlperiode reisten Mitglieder des Bundestages im Rahmen zahlreicher Einzeldienstreisen aus den unterschiedlichsten Anlässen in die Vereinigten Staaten von Amerika. Konferenzen und Gesprächskreise, an denen die deutschen Abgeordneten teilnahmen, beschäftigten sich unter anderem mit Themen aus der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschaft, der Finanzwelt sowie aus den Bereichen Soziales, Klima, Energie und Digitalisierung. Eine Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss nahm in New York an einer Konferenz zum Thema „Migration und Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit“ teil. Die Sitzung der Frauenrechtskommission mit dem Schwerpunkt Gleichstellung der Geschlechter besuchte eine Abgeordnete des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ein Mitglied des Ausschusses für Inneres und Heimat führte in Washington D. C. Gespräche mit Politikern und Vertretern staatlicher Institutionen zur IT- und Cybersicherheit sowie zum Zivil- und Katastrophenschutz. Ein Außenpolitiker aus dem Bundestag diskutierte mit Parlaments- und Regierungsvertretern über die Lage in Afghanistan, Iran und Nordkorea sowie über die Themen Fracking, Umwelt und Klimaabkommen. Auf Einladung des Bundespräsidenten begleiteten ihn drei Abgeordnete auf seiner Reise nach Los Angeles und San Francisco, um das Thomas-Mann-Haus einzuweihen, eine Konferenz zum Thema Demokratie zu eröffnen sowie Gespräche über die Auswirkungen der Digitalisierung und der gesellschaftsumwälzenden Entwicklung im Bereich der künstlichen Intelligenz zu führen. Ein Abgeordneter des Auswärtigen Ausschusses sprach mit Politikern und Wirtschaftsvertretern über die Herausforderungen des Multilateralismus und den internationalen Handel. Beim 12. Sicherheitsforum des US-Kongresses informierten sich zwei Mitglieder des Bundestages über sicherheitspolitische Angelegenheiten zwischen den USA und Deutschland. Vier Abgeordnete begleiteten den Bundesaußenminister bei seiner Reise nach New York, um an Beratungen im UN-Sicherheitsrat unter dem Vorsitz Deutschlands teilzunehmen, sowie nach Washington D. C., um die Feierlichkeiten zum 70. Jubiläum der Nato-Gründung zu besuchen.

In Kanada führte ein Abgeordneter aus dem Auswärtigen Ausschuss Gespräche mit Parlamentariern und Regierungsvertretern zur G7-Präsidentschaft, zur Bekämpfung der Klimakrise sowie zur Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses tauschte sich mit Vertretern des kanadischen Außen- und Verteidigungsministeriums über die Themen Cybersicherheit, Geheimdienste sowie Einwanderungspolitik aus. Zwei Abgeordnete des Bundestages nahmen in Halifax am internationalen Sicherheitsforum teil, um über außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen zu diskutieren.

Mittel- und Südamerika

Auf Einladung der kubanischen Regierung führte ein Mitglied des Haushaltsausschusses Gespräche mit Parlaments- und Regierungsvertretern über das politische System, die wirtschaftspolitischen Veränderungen sowie die laufenden Verwaltungs- und Verfassungsreformen. Zwei Abgeordnete des Bundestages besuchten in Havanna die internationale Investitions- und Konsumgütermesse, um Gespräche mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft über die Chancen deutscher Produkte und Investitionen auf dem kubanischen Markt zu führen.

In Kolumbien besichtigte der Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung das Projekt „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“, um erzielte Erfolge in der Praxis in Augenschein zu nehmen und führte Gespräche mit Regierungs- und Wirtschaftsvertretern über die weitere Entwicklungszusammenarbeit. Eine Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses beobachtete vor Ort die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen. Auf Einladung des Bundespräsidenten begleitete ein Abgeordneter ihn auf seiner Reise nach Bogotá, um Gespräche über die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu führen.

Im Nachbarland Venezuela beobachteten zwei Bundestagsabgeordnete die Präsidentschafts- und regionalen Parlamentswahlen, um die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung zu dokumentieren. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses verschaffte sich einen Eindruck von der angespannten Lage im Land, deren negativen Auswirkungen auf die venezolanische Bevölkerung sowie der starken Migrationsbewegung insbesondere in Richtung Kolumbien.

Ein Abgeordneter des Ausschusses für Wirtschaft und Energie hielt beim Weltsozialforum in Brasilien einen Vortrag über den Stand der deutschen Energiewende und Klimaschutzpolitik, um dem brasilianischen Parlament Impulse für die eigene Energiewende zu liefern. Politische Gespräche zur deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit, der Einhaltung von Menschenrechten sowie zum Umweltschutz führte ein anderes Mitglied des Bundestages. Ein Abgeordneter mit außenpolitischen Schwerpunkten informierte sich über die Auswirkungen der Politik des neuen Präsidenten auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland.

In Argentinien nahm ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses am zivilgesellschaftlichen Gipfeltreffen Civil20 (C20) teil, um sich über die Forderungen an die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) zu informieren. Ein Abgeordneter des Ausschusses Digitale Agenda besuchte in Buenos Aires die Veranstaltung „Smart City Expo“ und diskutierte mit Teilnehmern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über „innovative Ökosysteme der digitalen Transformation“.

Asien und Naher Osten

Die aktuellen Entwicklungen, die sicherheitspolitische Lage sowie die Auswirkungen des Bürgerkriegs in Syrien führten in der ersten Hälfte der 19. Wahlperiode zu einer Reihe von Einzeldienstreisen von Abgeordneten nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete. Politische Gespräche mit Regierungsvertretern, Parlamentariern, Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft zu den Themen Nahostkonflikt, Flüchtlingspolitik, Sicherheit, Wirtschaft und Bildung bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Reisen. Mitglieder des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses verschafften sich einen Überblick über die verteidigungs- und sicherheitspolitische Lage vor Ort sowie die Auswirkungen der veränderten US-Politik im Nahostkonflikt. Darüber hinaus informierte sich ein Abgeordneter aus dem Bildungsausschuss über israelische Forschungseinrichtungen, die Start-up-Szene sowie über Möglichkeiten einer intensiven Vernetzung mit deutschen Investoren und Unternehmen. Zwei Mitglieder des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung besichtigten Anlagen zur Wasserversorgung und Wasseraufbereitung sowie Entsalzungs- und Kläranlagen.

In Jordanien besuchte ein Mitglied des Verteidigungsausschusses das deutsche Einsatzkontingent der Bundeswehr. Vertreter aller Fraktionen begleiteten die Bundeskanzlerin auf ihrer Reise in das Land, um politische Gespräche zu den Themen Wirtschaftsreformen und Flüchtlingspolitik zu führen. Die Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe informierte sich über die Auswirkungen des Bürgerkrieges im Nachbarland Syrien und die Herausforderungen humanitärer Hilfen in der Krisenregion.

Abgeordnete des Auswärtigen und des EU-Ausschusses verschafften sich in Armenien einen Überblick über die aktuelle politische Lage und vertieften in Gesprächen mit Vertretern von Regierungs- und Oppositionsseite die bilateralen außen- und wirtschaftspolitischen Beziehungen. Ein Abgeordneter des Petitionsausschusses unterstützte das armenische Parlament bei dem Aufbau eines Petitionswesens.

Mitglieder des Bundestages begleiteten die Bundeskanzlerin auf ihrer Reise nach Aserbaidschan, um wirtschafts- und energiepolitische Gespräche zu führen. Ein Abgeordneter des Sportausschusses nahm am Rande des 100. Jubiläums des aserbaidshanischen Parlaments an Gesprächen mit Parlamentariern aus den Bereichen Jugend und Sport teil, um sich über die Austragung internationaler Sportevents auszutauschen. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses führte in Baku vertiefende Gespräche zur Energiesicherheit für Deutschland sowie zur Ausweitung der kulturellen Beziehungen.

Abgeordnete verschiedener Ausschüsse unternahmen im Berichtszeitraum Dienstreisen in den Irak. So informierte sich ein Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die allgemeine Situation der Kurden, die humanitäre Lage in Flüchtlingslagern sowie über das entwicklungspolitische Engagement Deutschlands. Ein Abgeordneter des Auswärtigen Ausschusses führte politische Gespräche zu den Themen Migration, Fluchtursachenbekämpfung, Terrorismus und ziviler Wiederaufbau. Ein Abgeordneter aus dem Menschenrechtsausschuss verschaffte sich einen Eindruck von der humanitären Lage vertriebener Christen und besuchte im Irak ansässige menschenrechtspolitische Organisationen und Einrichtungen. Mitglieder des Verteidigungsausschusses begleiteten die Bundesministerin der Verteidigung bei ihrem Besuch deutscher Einsatzkontingente.

Auch nach Afghanistan reisten Abgeordnete des Verteidigungsausschusses, um gemeinsam mit der Bundesministerin der Verteidigung deutsche Einsatzkontingente im Land zu besuchen. Weitere Mitglieder des Ausschusses führten vor Ort verteidigungs- und sicherheitspolitische Gespräche mit Verantwortlichen aus den Bereichen Politik und Militär.

Die politische Lage sowie die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums in China wurden auch in der 19. Wahlperiode von deutschen Abgeordneten mit großem Interesse verfolgt. In zahlreichen Gesprächen und durch Konferenzteilnahmen wurden insbesondere Themen aus den Bereichen Außenpolitik, Wirtschaft, Energie, Menschenrechte und Kultur erörtert. Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses begleiteten den Bundesminister des Auswärtigen bei seinem Antrittsbesuch in die chinesische Hauptstadt, um sich über Chinas Politik im Allgemeinen und insbesondere zum Thema Menschenrechte auszutauschen.

In Japan informierten sich Abgeordnete mit den Arbeitsschwerpunkten Auswärtiges, Wirtschaft, Energie und Bildung über die aktuellen Entwicklungen. Auf Einladung des Bundesministers für Wirtschaft und Energie begleitete von jeder Fraktion ein Abgeordneter ihn auf seiner Reise in das Land, um mit der japanischen Regierung wirtschaftspolitische Gespräche zu führen und an einem Wirtschaftsforum teilzunehmen. Ein Abgeordneter des Auswärtigen Ausschusses informierte sich über die Vorbereitungen der Olympischen Spiele in Tokio. Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung vertieften die bilateralen Beziehungen in Sachen Großforschungsprojekte wie zum Beispiel dem Teilchenbeschleuniger und der internationalen Röntgenlaser-Forschungseinrichtung und besuchten das Japanisch-Deutsch-Französische Symposium zum Thema Künstliche Intelligenz.

7 Internationale Austauschprogramme

Als Beitrag zur Demokratieförderung bietet der Deutsche Bundestag zwei große Stipendienprogramme zur Vermittlung der parlamentarischen Demokratie Deutschlands an.

Das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) besteht seit 1986 und richtet sich an 120 junge Akademikerinnen und Akademiker aus inzwischen 42 Ländern. Es erfolgt in Kooperation mit den drei Berliner Hochschulen und den politischen Stiftungen. Während des fünfmonatigen Aufenthaltes in Berlin beim Deutschen Bundestag werden die Grundstrukturen der parlamentarischen Demokratie Deutschlands, des deutschen Modells einer pluralen Gesellschaft sowie der Stellenwert von Erinnerungskultur durch Seminare und Workshops dargestellt. Kernelement des Aufenthaltes ist ein dreimonatiges Praktikum in einem Büro eines Mitglieds des Deutschen Bundestages, das die parlamentarischen Arbeitsprozesse und die vielschichtigen Aufgaben des einzelnen Abgeordneten vermittelt. Seminare und Vorlesungen der drei Berliner Hochschulen ergänzen das Angebot akademisch.

Seit 2012 wird zusätzlich ein kompaktgestaltetes vierwöchiges IPS-Sonderprogramm für die arabischen Staaten mit jährlich 24 Stipendien angeboten.

Die Stipendiatinnen und Stipendiaten qualifizieren sich für das IPS in einem zweistufigen Auswahlverfahren in ihren Heimatländern. Ausschlaggebend sind neben einem geeigneten Hochschulabschluss und exzellenten Deutschkenntnissen das Interesse an Politik und einer aktiven Zivilgesellschaft. Die Auswahl erfolgt an den deutschen Auslandsvertretungen durch eine Auswahlkommission, bestehend aus einem Mitglied des Deutschen Bundestages, einem Vertreter einer der drei Berliner Hochschulen und einem Vertreter der Bundestagsverwaltung.

Mit dem transatlantischen Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) ermöglicht der Deutsche Bundestag gemeinsam mit dem US-Kongress seit 1983 jedes Jahr 350 Schülerinnen, Schülern und jungen Berufstätigen einen einjährigen Gastaufenthalt im jeweils anderen Land. Dabei übernehmen die Abgeordneten eine Patenschaft für eine Stipendiatin oder einen Stipendiaten und unterstützen diese in ihrer Funktion als sogenannte „Junior-Botschafter“ ihres Landes. Ziel des Programmes ist die Verbesserung der Kenntnisse über das jeweils andere

Land, die politischen Systeme und die Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Erwartet wird jeweils auch ein ehrenamtliches Engagement.

Spezielle bildungspolitische Seminare, Besuche der beiden Parlamente und persönliche Begegnungen mit den Patenabgeordneten vertiefen während des Austauschjahres das politische Verständnis und ergänzen die Erfahrungen aus Schule beziehungsweise Betrieb und Ehrenamt.

Die Auswahl für das PPP erfolgt in einem zweistufigen Verfahren, bei dem am Ende der oder die Abgeordnete das jeweilige „Patenkind“ auswählt. Politisches Interesse und zivilgesellschaftliches Engagement sind dabei wichtige Auswahlkriterien.

Jährliche Informationsbesuche einer Delegation von Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Gesprächen im US-Kongress und Begegnungen mit Gastfamilien festigen die Unterstützung und dienen der Qualitätssicherung des PPP. An Schulen und in Betrieben wird für das Programm und die erforderlichen Praktikumsplätze geworben.

Auf interparlamentarischer Ebene trägt der Deutsche Bundestag durch weitere Kooperationen mit verschiedenen Parlamentsverwaltungen zum Aufbau und Stärkung demokratischer Strukturen bei.

Mit der Parlamentsberatung werden anfragende Parlamente unterstützt, die sich in einem Demokratisierungs- oder Modernisierungsprozess befinden. Spezifisch am Bedarf orientierte Besuchsprogramme vermitteln die Arbeitsweise der Bundestagsverwaltung. Kurzzeitentsendungen von Experten der Bundestagsverwaltung vertiefen die Beratung entsprechend den Gegebenheiten vor Ort. Zur Effizienzerhöhung erfolgen viele Projekte gemeinsam mit den politischen Stiftungen oder im Rahmen von EU-Förderprogrammen oder supranationalen Förderprogrammen der Interparlamentarischen Union oder dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen.

Beraten wurden im Berichtszeitraum die Parlamentsverwaltungen aus Albanien, Argentinien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Botsuana, Frankreich, Georgien, Israel, Jordanien, Kosovo, Libanon, Madagaskar, Marokko, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien/Nordmazedonien, Moldau, Myanmar, Namibia, Österreich, Pakistan, Sri Lanka, Südkorea, Tunesien, der Ukraine und Usbekistan.

Durch neun ständige Mitarbeiteraustausch-Programme mit ausgesuchten Verwaltungen ausländischer Parlamente werden die institutionelle Zusammenarbeit gestärkt und bewährte Verfahrensweisen ausgetauscht. Die Parlamentsverwaltungen aus Frankreich, Polen, Großbritannien, Irland, Israel, Italien, Österreich und der Schweiz, den USA sowie des Europäischen Parlaments nehmen traditionell an diesem jährlich alternierenden Mitarbeiteraustausch teil.

8 Grundlage der Berichtspflicht

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 eine Empfehlung des Ältestenrates (Bundestagsdrucksache 12/2665) angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppendelegationen sowie Einzeldienstreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Auf dieser Grundlage sind bisher dreizehn Berichte über Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgelegt worden (Bundestagsdrucksachen 12/4945, 12/8584, 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997, 15/5056, 16/7841, 16/14145, 17/7900, 17/14834, 18/6610 und 18/13690). Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 24. Oktober 2017 bis zum 30. September 2019. Er legt Rechenschaft über die im Berichtszeitraum unternommenen Auslandsdienstreisen und die weiteren internationalen Aktivitäten ab. Die Reisen sind nach regionalen oder politischen Schwerpunkten geordnet und werden exemplarisch dargestellt. Die vollständigen Zahlen der Reisen und sämtliche Ziele ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 4 der statistischen Übersicht, die diesem Bericht am Ende beigefügt sind.

9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Auslandsdienstreisen sind:

- das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2014 (BGBl. I S. 906) und
- die Ausführungsrichtlinien für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nach § 17 AbgG in der Fassung vom 19. Januar 2017.

Gemäß § 17 Absatz 1 AbgG bedürfen Auslandsdienstreisen der vorherigen Zustimmung des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Anträge auf Genehmigung von Dienstreisen sind schriftlich an den Bundestagspräsidenten zu stellen und ausführlich zu begründen.

Bei Dienstreisen wird zwischen Delegations- und Einzeldienstreisen unterschieden. Um Delegationen handelt es sich, wenn sie aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, ansonsten handelt es sich um Einzeldienstreisen. Bei den Delegationsreisen der Mitglieder der Ausschüsse ist für die 19. Wahlperiode eine maximale Delegationsstärke von neun Abgeordneten, bei den Delegationsreisen der Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages eine maximale Delegationsstärke von sieben Abgeordneten festgelegt worden. Die Zusammensetzung von Delegationen soll das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Deutschen Bundestag berücksichtigen. Die Entscheidung über die Anträge auf Genehmigung von Auslandsdienstreisen trifft der Präsident des Deutschen Bundestages; bei Delegationsreisen geschieht dies nach eingehender Erörterung und Beratung im Präsidium.

Die bilateralen Parlamentariergruppen können im Verlauf der Wahlperiode jeweils eine Delegationsreise durchführen, multilaterale Parlamentariergruppen haben die Möglichkeit, jeweils zwei Delegationsreisen in Staaten aus der Partnerregion zu unternehmen. Delegationsreisen der Ausschüsse müssen in direktem Zusammenhang mit den konkreten Beratungsgegenständen des jeweiligen Ausschusses stehen. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziel und Inhalte einer Delegationsreise erfolgt in der Regel in Form einer Pressemitteilung vor Reiseantritt. Jede Delegation ist außerdem verpflichtet, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Ende der Reise einen schriftlichen Bericht über deren Ablauf und Ergebnisse vorzulegen.

Auslandsdienstreisen einzelner Abgeordneter sind dann genehmigungsfähig, wenn die Vorsitzenden und Obleute der Ausschüsse, in denen der Abgeordnete Mitglied ist und in dessen fachlichen Kontext die Reise fällt, der Durchführung der Einzeldienstreise zugestimmt haben. Darüber hinaus ist bei Auslandsdienstreisen von Abgeordneten die Zustimmung der Parlamentarischen Geschäftsführung der Fraktion des jeweiligen Abgeordneten erforderlich. Ebenso wie die Delegationsreisen unterliegen auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten der Verpflichtung, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Abschluss der Reise einen Bericht vorzulegen.

Zur Reduzierung der Flugkosten werden Dienstreisen mit der Maßgabe genehmigt, dass kostengünstige Flugverbindungen zu nutzen sind. Außerdem sind die Abgeordneten durch einen Beschluss des Ältestenrates vom September 2002 verpflichtet, dienstlich erworbene Prämienmeilen aus entsprechenden Programmen der Fluggesellschaften wieder für Dienst- und Mandatsreisen einzusetzen. Neben der Beachtung des Prinzips der Kostengünstigkeit und dem vorrangigen Einsatz von Prämienmeilen trägt auch die Nutzung von Sonderkonditionen der Fluggesellschaften dazu bei, dass Kosten eingespart werden können.

10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen

Der Bericht unterscheidet zwischen Ausschussdelegationen (AD), Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM), offiziellen Delegationsreisen unter Leitung des Präsidenten oder eines Präsidiumsmitglieds (OD), Reisen von Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP).

Im Berichtszeitraum haben 1133 Reisen stattgefunden:

99 Reisen von Ausschussdelegationen (AD)

(Oktober bis Dezember 2017: – ; 2018: 49; Januar bis September 2019: 50)

8 Reisen offizieller Delegationen (OD)

(Oktober bis Dezember 2017: – ; 2018: 6; Januar bis September 2019: 2)

29 Delegationsreisen der Parlamentariergruppen (PG)

(Oktober bis Dezember 2017: – ; 2018: 5; Januar bis September 2019: 24)

794 Einzeldienstreisen (ED)

(Oktober bis Dezember 2017: 16; 2018: 484; Januar bis September 2019: 294)

34 Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)

(Oktober bis Dezember 2017: – ; 2018: 19; Januar bis September 2019: 15)

169 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP)

(Oktober bis Dezember 2017: 21; 2018: 88; Januar bis September 2019: 60)

Unterteilt nach Erdteilen sind in den Anlagen 1, 2 und 3 die Anzahl und die Ziele der Reisen von Ausschussdelegationen (AD), offiziellen Delegationen (OD), Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie der Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) für den Zeitraum vom 24. Oktober 2017 bis zum 30. September 2019 aufgeschlüsselt.

Die Anlage 4 weist die Gesamtkosten der im Berichtszeitraum zulasten der Haushaltsjahre 2017, 2018 und 2019 unternommenen Reisen aus.

Berlin, den 10. Oktober 2019

Dr. Wolfgang Schäuble

11 Statistische Übersicht

Anlage 1

**Angaben über Anzahl und Ziele der Reisen
vom 24. Oktober 2017 bis 31. Dezember 2017**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Estland		2				
Frankreich		3				14
Großbritannien		1				
Italien		2				1
Luxemburg						1
Österreich		1				1
Polen						1
Portugal		1				
Rumänien						1
Ungarn						1
Weißrussland		1				

Europa**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Italien, Vatikan		1				

Afrika**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Marokko		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
USA		1				1

Asien und Naher Osten**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Israel, Jordanien		1				

Australien und Neuseeland**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien, Neuseeland		1				

Anlage 2

**Angaben über Anzahl und Ziele der Reisen
vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien		3				1
Belgien	1	16				3
Bosnien und Herzegowina		1				2
Bulgarien	2	3				2
Dänemark		1				
Estland		5				1
Finnland		1				2
Frankreich	9	33	1	1		35
Griechenland		7	1			1
Großbritannien		16	2			1
Irland		3				
Island		4				1
Italien		15				3
Kosovo	1	4				
Kroatien						2
Lettland		1				
Liechtenstein			1			
Litauen		7				1
Luxemburg			1			
Malta		1				

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Mazedonien	1	5				
Montenegro		1				
Niederlande	1	6				
Norwegen	1	5				1
Österreich	6	12				2
Polen	2	18	1		1	2
Portugal		1				2
Rumänien		2				
Russland	1	22	2			1
Schweden		2				
Schweiz		9	2			6
Serbien		2				
Slowakische Republik			1			
Slowenien		2				
Spanien		3				
Tschechische Republik		6				
Türkei		11	1			2
Ukraine		11		1		
Ungarn		2				
Weißrussland		6				

Europa

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Kosovo	1					
Belgien, Norwegen		1				
Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien		1				
Bulgarien, Rumänien		1				
Dänemark, Niederlande	1					
Dänemark, Schweden	1					
Dänemark, Spanien	1					
Estland, Finnland	1					
Griechenland, Türkei		1				
Großbritannien, Irland	1					
Großbritannien, Italien		1				
Irland, Island	1					
Italien, Montenegro, Serbien		1				
Kosovo, Mazedonien		1				
Kosovo, Serbien		2				
Kroatien, Serbien		1				
Lettland, Litauen		1				
Österreich, Slowenien		1				
Polen, Tschechische Republik		1				
Russland, Weißrussland		1				
Slowakische Republik, Ungarn		2				
Ukraine, Weißrussland		1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten	1	2				1
Äthiopien		1				
Demokratische Republik Kongo		1				
Elfenbeinküste		1				
Eritrea	1					
Kamerun	1	1				
Madagaskar		1				
Marokko	1	1				1
Namibia	1					
Senegal		1				
Südafrika		3				
Togo		3				
Tschad		1				
Tunesien		2				

Afrika**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Jordanien	1					
Algerien, Marokko, Tunesien		1				
Algerien, Tunesien			1			
Gabun, Kamerun		1				
Gambia, Senegal		1				
Italien, Tunesien		1		1		
Kenia, Tansania		1				
Mali, Niger		1				
Marokko, Tunesien		1				
Namibia, Südafrika		1				
Senegal, Sierra Leone		1				
Sudan, Uganda		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien	1	1				
Brasilien		1				
Chile		2				
Costa Rica		1				
Kanada		8				
Kolumbien		2				
Kuba		4				
Mexiko		1				
USA	4	43	2	2	2	
Venezuela		2				

Amerika**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Bolivien, Peru		1				
Dominikanische Republik, Haiti					1	
Ecuador, Peru	1					
El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Venezuela		1				
Kanada, USA		7				
Polen, USA		1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan		6				
Armenien		3				1
Aserbaidschan		5				3
China	2	10				
Georgien		2				6
Indien		2				
Indonesien	1	1				
Irak	1	11				
Iran		1				
Israel		9	1			1
Japan		1				
Jordanien		3				1
Kambodscha		1				
Kasachstan		1				
Kirgisistan		1				1
Libanon		2	1			
Myanmar			1			
Singapur		3				
Südkorea						1
Syrien		1				
Taiwan		1				
Vereinigte Arabische Emirate		1				1

Asien und Naher Osten**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien, Aserbajdschan, Georgien		5				
Armenien, Georgien		2				
Armenien, Israel		1				
Aserbajdschan, Kasachstan		1				
Bangladesch, Myanmar	1					
Bangladesch, Myanmar, Vietnam		1				
China, Indonesien		1				
China, Japan, Südkorea		1				
Georgien, Kasachstan		1				
Indonesien, Japan		6				
Irak, Jordanien		1				
Irak, Kuwait, Oman		4				
Israel, Jordanien		2				
Israel, Palästinensische Gebiete		6				
Italien, Libanon, Zypern		2				
Japan, Südkorea		7				
Jordanien, Libanon		6				
Jordanien, Libanon, Syrien		2				
Katar, Oman, Vereinigte Arabische Emirate		1				
Kirgisistan, Philippinen		1				
Oman, Vereinigte Arabische Emirate				1		
Turkmenistan, Usbekistan					1	

Australien und Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Neuseeland		1				

Anlage 3**Angaben über Anzahl und Ziele der Reisen
vom 1. Januar 2019 bis 30. September 2019**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien		1				
Belgien	2	7				1
Bosnien und Herzegowina		2				
Bulgarien		2				
Dänemark	1	2	1			1
Estland		2				
Finnland	1	1				2
Frankreich		10	1			25
Griechenland		3				1
Großbritannien		10				2
Irland					1	
Italien	1	18	1		1	
Kosovo		3				
Kroatien		2				1
Lettland		1				
Litauen		2				
Luxemburg	1					1
Malta		3				
Niederlande	3	3			1	
Norwegen	1	3				1

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Österreich	1	5	2			4
Polen		12	1			1
Portugal		2				
Republik Moldau		2				1
Rumänien	2	6				1
Russland		10			1	1
Schweden	1	1				1
Schweiz	3	4				2
Slowakische Republik		1				1
Slowenien		1				
Spanien	1	6				1
Tschechische Republik		2	1			
Türkei		11	1			1
Ukraine		7			1	4
Ungarn		3	1			
Weißrussland		5				
Zypern					1	

Europa

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Kosovo, Mazedonien					1	
Albanien, Montenegro		1				
Albanien, Serbien		1				
Bosnien und Herzegowina, Kroatien		1				
Dänemark, Estland	1					
Estland, Finnland	1					
Estland, Lettland	1					
Estland, Russland	1					

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Finnland, Schweden					1	
Großbritannien, Irland	1					
Italien, Malta		1				
Italien, Schweiz		1				
Kosovo, Mazedonien, Serbien		2				
Kosovo, Serbien		1				
Libanon, Türkei	1					
Niederlande, Schweiz		1				
Norwegen, Schweden		1				
Österreich, Serbien		3				
Saudi-Arabien, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate		2				
Slowakische Republik, Tschechische Republik					1	

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		4	1			
Äthiopien					1	
Elfenbeinküste		1				
Kamerun		2				
Marokko		1				
Namibia	1	1				
Nigeria		4				
Sudan		1				
Südafrika		5		1		
Tansania		2				
Tunesien		1				
Zentralafrikanische Republik		1				

Afrika**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Djibouti, Sudan, Südsudan		1				
Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun					1	
Äthiopien, Eritrea	1					
Äthiopien, Ruanda	1					
Angola, Botsuana	1					
Botsuana, Eswatini, Südafrika					1	
Burkina Faso, Mali		2				
Burkina Faso, Mali, Niger		1				
Gambia, Senegal, Tschad					1	
Ghana, Kenia	1					
Ghana, Togo		1				
Kenia, Tansania		1				
Mali, Niger	1					
Marokko, Mauretanien					1	
Marokko, Tunesien	2	1				
Mauretanien, Senegal		1				
Namibia, Südafrika	1	1				
Neuseeland, Papua Neuguinea					1	

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien		1				
Brasilien	1	1				
Guatemala		1				
Kanada	1	2			1	
Paraguay						1
USA	3	31				2

Amerika**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien, Uruguay		1				
Chile, Uruguay					1	
Ecuador, Kolumbien		1				
Kanada, USA	1					
Kolumbien, Peru					1	
Mexiko, USA	1	1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan	1	4				
Armenien		2				
Aserbaidshjan			1			
China	2	5	1			
Georgien		3	1			
Indien		3				
Irak		1				
Iran	1	1				
Israel		2				
Japan	2	6				
Jordanien	1					
Kasachstan						1
Katar						1
Kuwait			1			
Libanon		1				1
Philippinen		1				
Saudi-Arabien		1				
Singapur						1
Südkorea					1	

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Taiwan					1	
Thailand		1				
Usbekistan		1				
Vereinigte Arabische Emirate		1				
Vietnam		4				

Asien und Naher Osten

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Jordanien		1				
Armenien, Aserbajdschan		1				
Armenien, Aserbajdschan, Georgien			1			
Aserbajdschan, Georgien					1	
Australien, Fidschi, Neuseeland, Palau, Taiwan		1				
Bangladesch, Fidschi, Kiribati				1		
Bangladesch, Nepal					1	
China, Singapur		1				
China, Singapur, Thailand		1				
China, Taiwan		1				
China, Vietnam		2				
Indonesien, Malaysia, Singapur					1	
Indonesien, Malaysia, Thailand		1				
Irak, Jordanien		1				
Iran, Singapur		1				
Israel, Jordanien		1				
Israel, Palästinensische Gebiete		5				
Jordanien, Libanon, Palästinensische Gebiete					1	
Malaysia, Vietnam		1				
Myanmar, Vietnam	1					
Oman, Vereinigte Arabische Emirate	1					
Tadschikistan, Usbekistan	1					

Anlage 4**1. Gesamtkosten der Reisen vom 24. Oktober 2017 bis 31. Dezember 2017**

–	0	Ausschussdelegationsreisen (AD)	0,00	Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00	Euro
–	0	Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen	0,00	Euro
–	16	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	57.982,32	Euro
–	21	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	64.689,11	Euro
Gesamtkosten			122.671,43	Euro

2. Gesamtkosten der Reisen im Haushaltsjahr 2018

–	49	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.007.811,74	Euro
–	6	Offizielle Delegationsreisen (OD)	55.739,29	Euro
–	5	Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen	115.034,98	Euro
–	503	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	1.044.357,71	Euro
–	88	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	508.308,77	Euro
Gesamtkosten			2.731.252,49	Euro

3. Gesamtkosten der Reisen vom 1. Januar 2019 bis 30. September 2019

–	50	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.455.563,06	Euro
–	2	Offizielle Delegationsreisen (OD)	68.500,89	Euro
–	24	Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen	628.612,78	Euro
–	309	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	983.961,96	Euro
–	60	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	319.723,65	Euro
Gesamtkosten			3.456.362,34	Euro